



Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“

**Voraus schauen und
der Verantwortung
gerecht werden.**

- **Die Ausgangslage**
- **Die Kernforderung**
- **Machbarkeit:**
Was der Senat tun müsste
- **Erfolgreiche Integration:**
Der Nutzen für die Stadt, die Bürger Hamburgs und die Flüchtlinge
- **Zusammenfassung**
- **Der Wunsch der Initiatoren an die Bürgerschaft und die Stadt Hamburg**

Die Ausgangslage

Die Ausgangslage

Die Ausgangslage

Die Situation 2015

Die Senatsdrucksache 2015/1960

Konsequenz: Bürgerinitiativen bilden sich

Die Situation 2015

2015 hat Hamburg 22.300 Flüchtlinge aufgenommen



Hamburg hat im vergangenen Jahr insgesamt fast 22.300 Flüchtlinge aufgenommen.

Hamburg hat im vergangenen Jahr 22.299 Flüchtlinge aufgenommen. Davon mussten knapp 21.000 untergebracht werden, wie der Zentrale Koordinierungsstab am Donnerstag mitteilte. Insgesamt waren rund 61.600 Schutzsuchende in der Stadt. Zum Vergleich: 2014 waren Hamburg nach dem Königsteiner Schlüssel knapp 7.000 Flüchtlinge zugewiesen worden, von

denen rund 6.000 untergebracht werden mussten.

Die Senatsdrucksache 2015/1960

Berichterstattung:
Senatorin Dr. Stapelfeldt
Staatsrat Kock

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2015/1960
vom: 05.10.2015
für den Senat
am: 06.10.2015
IV

Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen

A. Zielsetzung

Bau von Flüchtlingsunterkünften im Standard des sozialen Wohnungsbaus mit der Perspektive Wohnen

B. Lösung

Errichtung von bis zu 5.600 zusätzlichen Wohnungen bis zum Ende des Jahres 2016

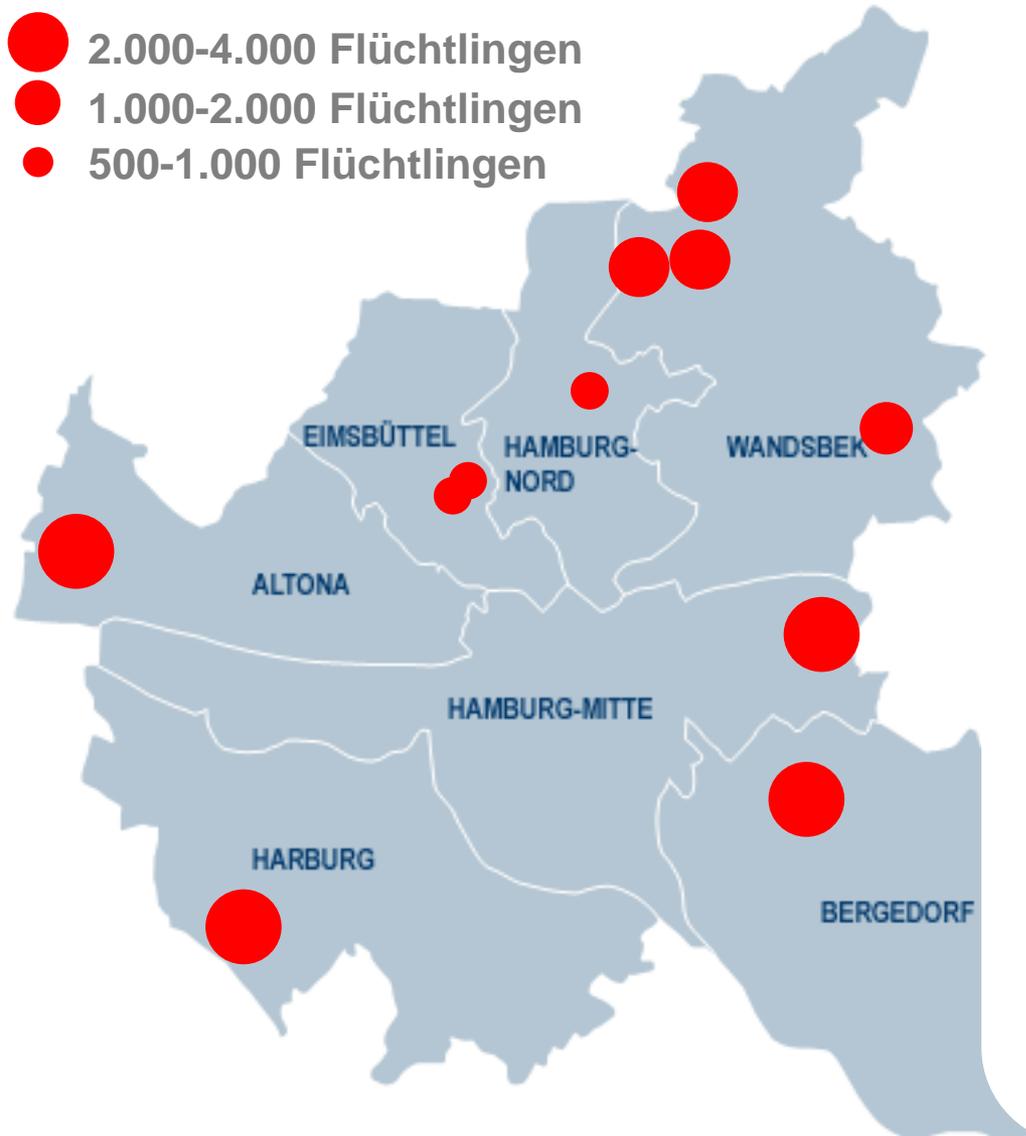
Die Senatsdrucksache 2015/1960

Weitere Kernforderungen der Drucksache

- Zielvorgabe ist dabei, bis Ende 2016 rund **20.000** neue zusätzliche Unterkunftsplätze für Flüchtlinge mit der Perspektive Wohnen zu schaffen. (Seite 3 der Senatsdrucksache)
- Es werden 7 Flächen mit jeweils 800 Wohneinheiten bebaut, insgesamt also 5.600 Wohneinheiten. (Seite 8)
- **800 Wohnungen je Fläche** ... mit durchschnittlich mindestens fünf Personen pro Wohnung für die Dauer der öffentlich-rechtlichen Unterbringung pro Bezirk jeweils **mindestens 4.000 Flüchtlingsplätze** vorgesehen (Seite 4) → $(800 \times 5 \times 7 = 28.000)$
- Die Aufforderung ... impliziert eine grundsätzliche Eignung als dauerhafter Wohnort. ... Orte, die das Potenzial für einen neuen nachhaltigen Stadtbaustein aufweisen. (Seite 4) → Soz. Wohnungsbau
- Ein gutes Funktionieren des Quartiers auch schon während der Phase der Flüchtlingsunterbringung ist im Übrigen auch im Interesse des jeweiligen Investors. (Seite 4)

Geplante Unterkünfte mit:

- 2.000-4.000 Flüchtlingen
- 1.000-2.000 Flüchtlingen
- 500-1.000 Flüchtlingen



Am 10.10.2015 erscheint im Abendblatt ein Bericht zur Senatsdrucksache 1960/2015 vom 06.10.2015.

Bereits die erste Antwort der Bezirke weicht von den Vorgaben des Senates ab.

Altona, Bergedorf, Hamburg-Mitte

nennen 1 Fläche (wie gewünscht)

Hamburg-Nord

nennt 1 Fläche und will weiter suchen

Eimsbüttel

nennt zwei Flächen und wird weitere suchen.

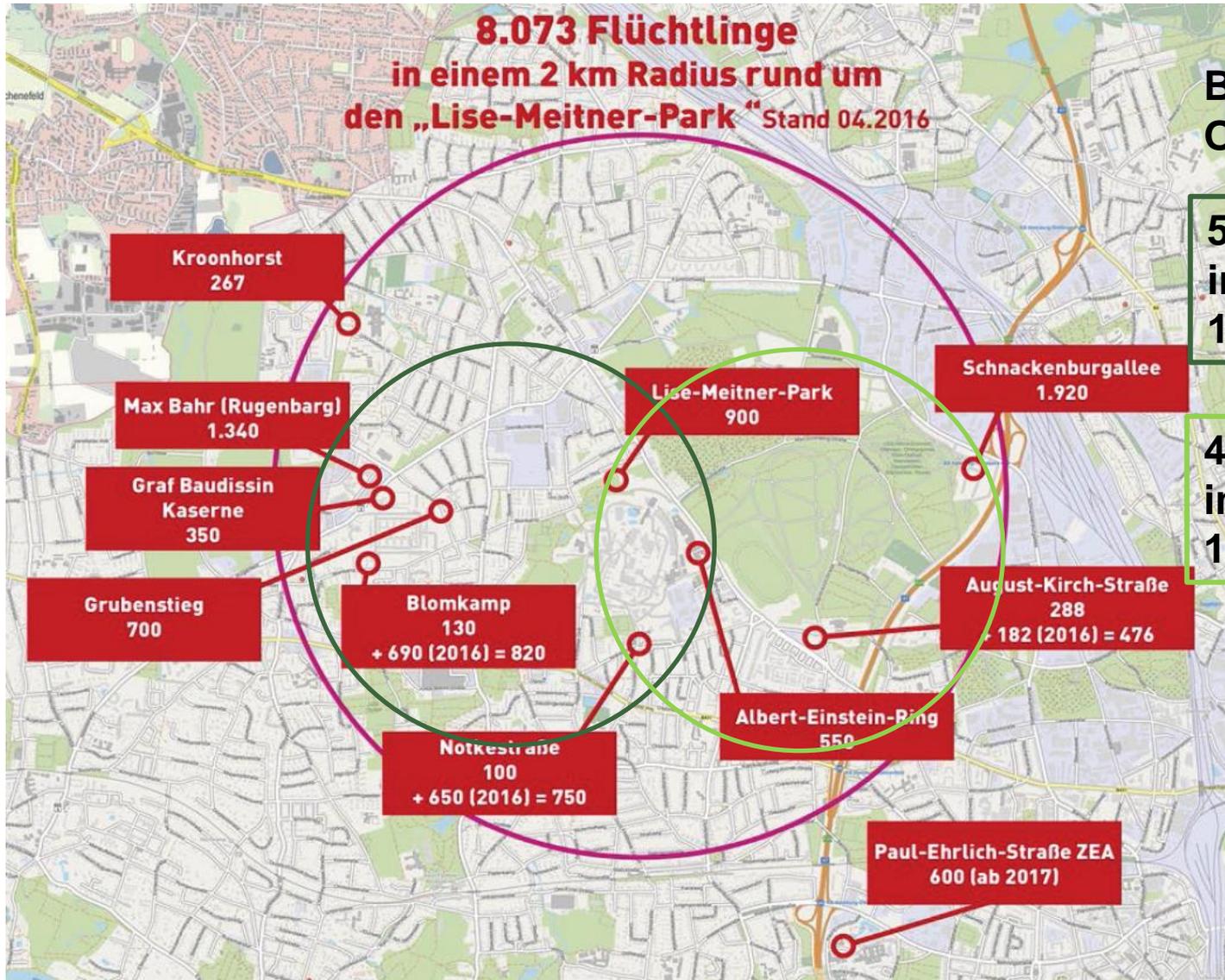
Wandsbek nennt 4 Flächen

Harburg nennt „zahlreiche Flächen“

Geplante Flüchtlings - Großsiedlungen in Hamburg

- | | |
|---|----------------------------------|
| 1. Suurheid-Sieverstücken | ca. 4.500 Flüchtlinge mindestens |
| 2. Duvenacker, Hörgensweg (Eidelstedt)
– Ellebeker Weg (Schnelsen) | ca. 3.825 Flüchtlinge mindestens |
| 3. Rehagen (Hummelsbüttel) - Glashütter
Landstr (Hummelsbüttel) - Ohlendieck
(Poppenbüttel) | ca. 4.000 Flüchtlinge mindestens |
| 4. Jenfeld –Elfsaal | ca. 1.000 Flüchtlinge |
| 5. Billstedt – Östlich Haferblöcken | ca. 1.500 Flüchtlinge |
| 6. Billwerder - Mittlerer Landweg | ca. 3.200 Flüchtlinge mindestens |
| 7. Neugraben Sandbek-West,Aschenland I
und Geutensweg | ca. 4.000 Flüchtlinge mindestens |
| 8. Osterfeldstr. | ca. 2.400 Flüchtlinge mindestens |
| 9. Lurup-Osdorf-Bahrenfeld | ca. 7.400 Flüchtlinge mindestens |

Ein anderer Blick auf die Planungen - Großsiedlungen



**Bahrenfeld +
Osdorf**

**5.777 Flüchtlinge
im Umkreis von
1 km**

**4.596 Flüchtlinge
im Umkreis von
1 km**

Bürgerinitiativen bilden sich

Die Ausgangslage

Die Ausgangslage

Die Situation 2015

Die Senatsdrucksache 2015/1960

Konsequenz: BI bilden sich

Forderungen der Bürgerinitiativen

Die Bürgerinitiativen

Die Forderungen der Bürgerinitiativen

Gründung des Dachverbandes

Bürgerinitiativen bilden sich

Hamburgweit bilden Bürger der gesellschaftlichen Mitte Bürgerinitiativen und wenden sich gegen das Vorgehen des Senats.

Bestehendes Demokratie- und Rechtsverständnis außer Kraft gesetzt

Mitbestimmung der Anwohner außer Acht gelassen



Missachtung bestehenden Landschaftsschutzes

Missachtung empirischer Erfahrungen – Integration kann so nicht gelingen

Integration muss Vorrang haben

Der Bau von Großunterkünften wird abgelehnt:

...weil Wohnen untereinander soziale Brennpunkte schafft → Fehler der Vergangenheit (Osdorfer Born, Teile von Mümmelmannsberg)

...weil hieraus die Erkenntnis erwächst, dass Integration alternativlos ist

**...weil es keinerlei Erfahrung gibt mit der Verwaltung von Großprojekten dieser Art beim zukünftigen Träger Fördern & Wohnen.
Ein solches Projekt wird damit zum „Sozialexperiment“.**

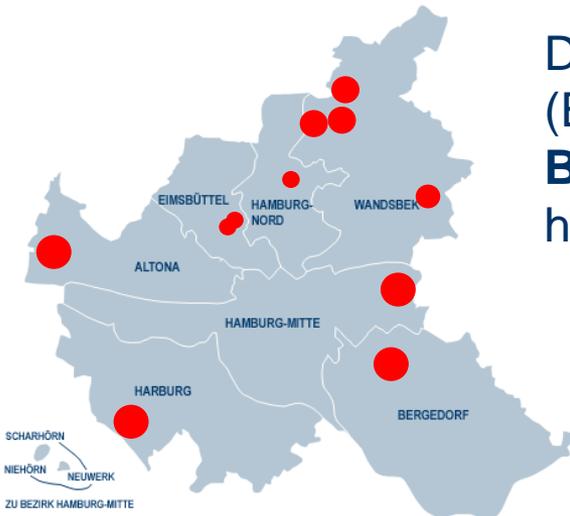
...weil die soziale Infrastruktur (Schulen, Kitas) damit überfordert wird.

...weil Integration, die auf ein System von Ehrenamtlichen fußt, in Flüchtlingsunterkünften dieser Dimension aufgrund mangelnder Ressourcen pro Stadtteil scheitern müssen.

Bürgerinitiativen bilden sich

Nach und nach erteilt sich der Senat die rechtliche Grundlage zum Bau der Großunterkünfte mit Perspektive Wohnen:

Die **Nachbewilligung zum Doppelhaushalt 2015/2016** (Ergebnis: Der Senat wird ermächtigt, **970 Mio.€ an Bürgschaften für Flüchtlingsgroßunterkünfte** herauszulegen!)



Beschluss zum Expresswohnungsbau der den **vorzeitigen Baubeginn im Baugenehmigungsverfahren** in Bezug auf Unterkünfte für Flüchtlinge/ Asylbegehrende zulässt (Änderung § 72a HBauO)

Missachtung bestehenden Landschaftsschutzes

Der Senat lässt Bagger rollen und informiert die Bürger z.T. nur kurz zuvor über das geplante Vorhaben

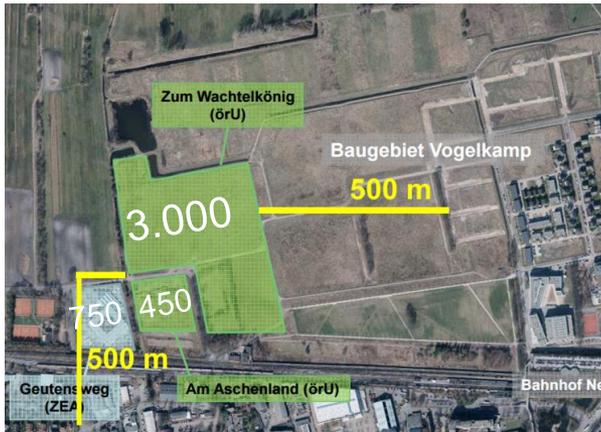
Nach erfolgloser Anwendung des Polizeirechts SOG wird **§ 246 Rechtsgrundlage zur Erteilung der Baugenehmigungen für Flüchtlingsunterkünfte – Bürgerbeteiligung** im Rahmen regulärer Bebauungsverfahren werden damit **umgangen**

Bürgerinitiative
Neugraben-Fischbek

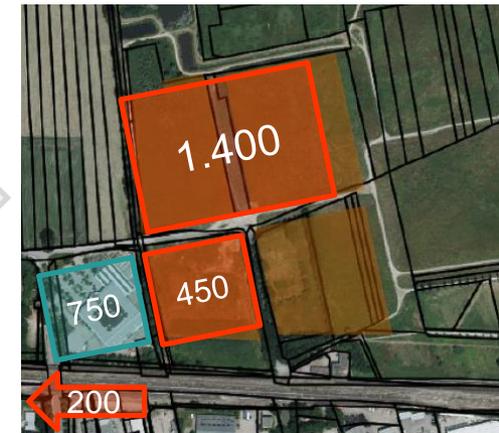
NEIN! zur Politik
Ja zur Hilfe!

Neugraben-Fischbek

(27.500 Einwohner u.a. in 2 Großwohnsiedlungen)



- 1 geballter Standort
- Ursprünglicher Plan: 4.200 (+200) Flüchtlinge
- Aktueller Plan: 2.600 (+200) Flüchtlinge
- mehrere Betreiber
- keine Durchmischung



Derzeit werden 1.150 Flüchtlinge in Neugraben aktiv integriert. Die Großunterkunft wird jedoch von einer Mehrheit der Neugraben-Fischbeker abgelehnt.





Ziele

Ziele	Warum ?
1) Verbindliche Obergrenze von 1.500 Flüchtlingen für den Stadtteil Neugraben-Fischbek	<ul style="list-style-type: none">• Flächen integrieren keine Menschen, Menschen integrieren Menschen• Infrastrukturkapazität begrenzt (Unterversorgung Ärzte, Jugendarbeit am Limit, Leistungsfähigkeit Schulen, KITA, Polizei, Nahverkehr)
2) Faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle 104 Stadtteile Hamburgs	<ul style="list-style-type: none">• Bürgern das Gefühl einer fairen Chancen- und Lastenverteilung geben• Teilhabe aller am Integrationsprojekt (Aktuell mehr Flüchtlingsschüler in Neugraben als im gesamten Bezirk Eimsbüttel)
3) Dialog zwischen Bürgern und Politik zur Gestaltung der Flüchtlingsunterbringung	<ul style="list-style-type: none">• Ehrlicher Dialog - keine Festlegung im Hinterzimmer, sondern Gestaltung, wie WIR in 15 Jahren leben wollen.• Keine Fakten gegen den Bürgerwillen



- **Klimaplan des Senats aus Dezember 2015 Drucksache 21/ 2521:**
Hamburg wird weiterhin wachsen und insbesondere im innerstädtischen Bereich zunehmend zu einer kompakten Stadt werden. Es ist deshalb eine Strategie zu entwickeln, mit der die Erfordernisse der Anpassung an die Folgen des Klimawandels, wie vermehrte Starkregenereignisse in versiegelten Siedlungsbereichen und Hitzeinseln in verdichteten Stadtteilen, berücksichtigt werden können. Hamburg bietet dafür gute Voraussetzungen, denn die Siedlungsdichte ist im Vergleich zu anderen Städten nicht sehr groß und die Stadt verfügt über einen hohen Anteil grüner Freiräume. Für die Anpassung Hamburgs an den Klimawandel ist es daher wichtig, diese Grün- und Freiflächen zu sichern, gegebenenfalls zu entsiegeln und zu begrünen oder als multifunktionale Flächen mit hoher Aufenthaltsqualität, verbunden mit der Funktion als Regenwasserauffangbecken, zu gestalten.
Zudem sollten kühlende Frisch-/Kaltluftbahnen, wie insbesondere Landschaftsachsen von Bebauung freigehalten werden.



Die Planungen sind das Gegenteil einer vorausschauenden Stadtentwicklungspolitik!

- Die Umweltverbände NABU und BUND lehnen die Bebauung ab und nennen sie verheerend. Diese Bebauung ist der erste Tabubruch seit 70 Jahren, es droht ein Dominoeffekt. Weiterer Bebauung sind Tür und Tor geöffnet.
- Die Architektenkammer lehnt die Bebauung dieser beiden Flächen ab, sie macht stadtplanerisch und infrastrukturell keinen Sinn, die Baukörper liegen wie UFOs in der Landschaft.



Das heißt:
fast 400 Wohneinheiten
4-5 stöckig im südlichen Teil
der Hummelsbütteler Feldmark,
200 WEs davon für Refugees-Flüchtlinge
ca. 1000 Personen

Standort Rehagen, die sensibelste Stelle für die
Ausbringung der Kaltluft Richtung Hamburg
Stadt.

Platziert direkt an Siedlung Tegelsberg.



Alternative für Klein Borstel

Dafür stehen wir:

Behutsame und gebietsverträgliche Entwicklung des Stadtteils

- Lebenswertes Klein Borstel e.V. setzt sich dafür ein, Klein Borstel im direkten Dialog mit der Stadt als intaktes Quartier für naturnahes, familienorientiertes Wohnen zu erhalten und zu entwickeln.

Großeinrichtungen verhindern die wünschenswerte Integration

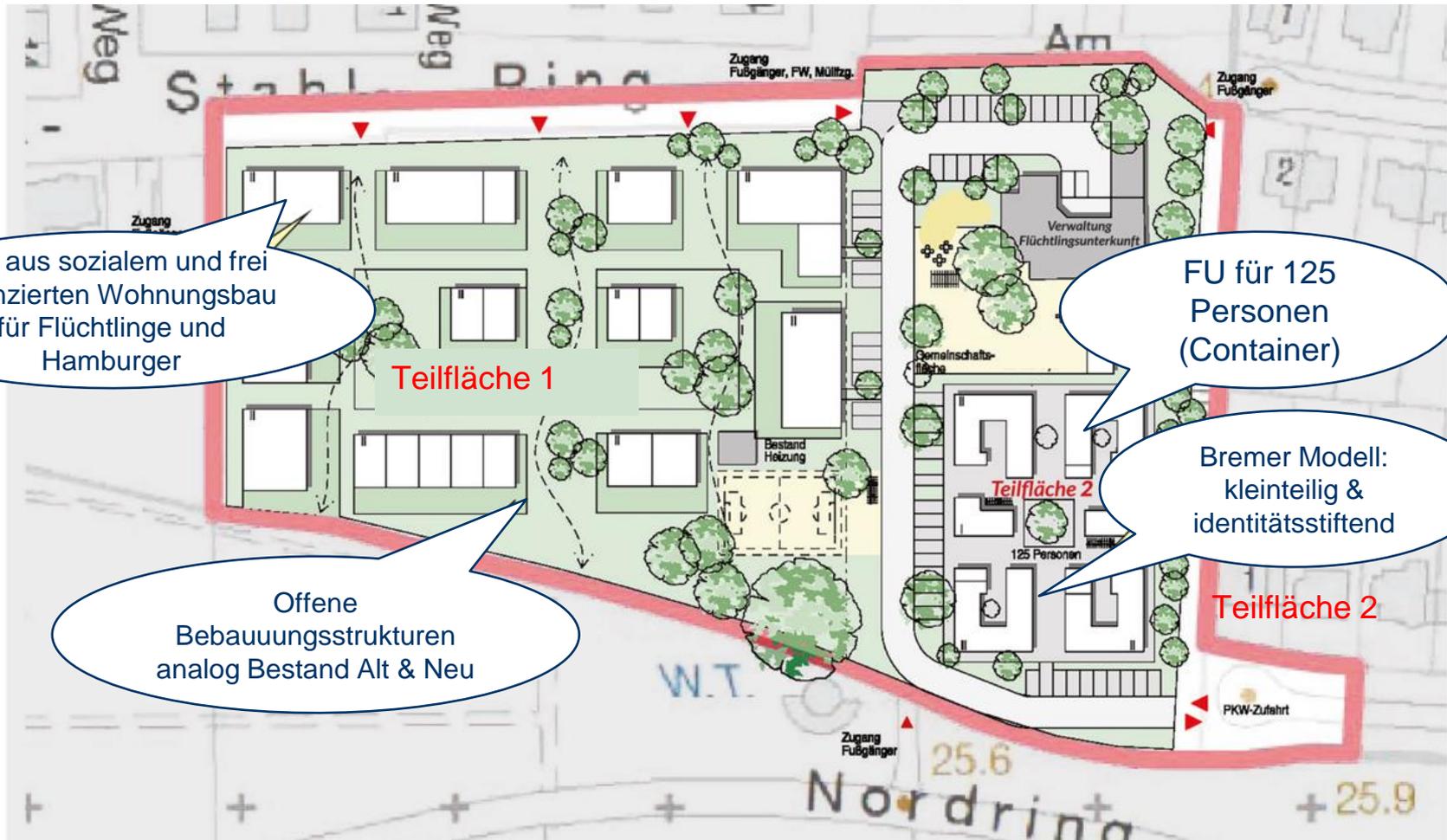
- Nur eine wirklich flächendeckende Verteilung in kleinen Einrichtungen erlaubt die Eingliederung der Menschen in die Lebens- und Arbeitswelt und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe.
- Die Infrastruktur in Klein Borstel wird durch die geplante Folgeunterkunft für 700 Flüchtlinge und Asylbegehrende überfordert bzw. ist nicht vorhanden.

Belange sorgfältig abwägen

- Wir setzen uns dafür ein, eine zielführende Abwägung der Belange von Anwohnern und der Stadt herbeizuführen. Eine gebietsverträgliche Lösung bei der geplanten Bebauung und Nutzung des ‚Anzuchtgartens‘ ist deshalb geboten. Am Ende leisten die direkten Nachbarn vor Ort und im Stadtteil einen großen Teil der Integrationsarbeit – es müssen also auch die Belange der Nachbarn zählen.

Fehlplanungen der Stadt korrigieren – mit einem besseren Vorschlag

Unsere Konzeptstudie für eine gebietsverträgliche Bebauung des Anzuchtgartens: Ein integrationsfreundliches Modell für ganz Hamburg anwendbar!



Die Vorteile unseres Konzeptes

- Eine **kurzfristige Unterbringung** von Flüchtlingen **UND** eine **gebietsverträgliche Wohnbebauung** auf **einer** Fläche ist in einem **Stufenkonzept** möglich.
- Es können **kurzfristig** Menschen aus den **provisorische Unterkünften** (Baumärkte) ziehen und nicht erst, wenn die geplanten Expressbauten zum Bezug stehen.
- Das Konzept ermöglicht den **Umzug von mobilen Unterkünften** (Containern) in festen Wohnungsbau der **bereits integrierten Flüchtlinge** (z.B. beschulte Kinder und deren Familien) **im selben Plangebiet**.
- Eine **gebietsverträgliche, an den Stadtteil angepasste nachhaltige und gemeinschaftsfördernde, städtebauliche Lösung** ist die **Basis für gelingende Integration**.
- Eine **Konzeptentwicklung** von oder mit **direkten Anwohnern** erhöht die **Akzeptanz des Bauvorhabens** im direkten Umfeld der Unterkunft und den **Willen am Gelingen** der durch das direkte Wohnumfeld zu leistende Integrationsarbeit.
- Das **Konzept folgt der Forderung der Bundesstiftung Baukultur**, die verlangt, eine „Architektur des Bleibens“ zu schaffen, die **auf unnötige Provisorien verzichtet** und qualitativ **hochwertigen Wohnraum für alle** Bevölkerungsgruppen bereitstellt.



Wer wir sind:

- Wir sind eine Gemeinschaft von Anwohnern, die sich für humane Flüchtlingsunterbringung und nachhaltige Stadtteilentwicklung bei uns vor Ort einsetzt
- Durch eine für alle Seiten verträgliche Lösung wollen wir auch größtmögliche Unterstützungsbereitschaft für Integrationsmaßnahmen in der Bevölkerung fördern
- Gestartet sind wir mit transparenter Informationsbeschaffung in 06/2015, sind in der Vereins-Gründungsphase und engagieren uns auch im Sozialraummanagement

Was wir fordern (im Kern):

- F&W(AöR) nur als Betreiber der ÖRU, SAGA-GWG (oder Private) als Investor bzw. für Mietwohnen u. Quartiersentwicklung
- Siedlungsgröße an Nachbarschaft anpassen: Max. 2-4 Geschosse ansteigend, max. 170 Wohnungen, wie ursprüngl. geplant
- Durchmischung vom Start: Max. 60 Wohnungen ÖRU, der Rest je hälftig §5-Schein (ohne vorherige ÖRU) u. freifinanziert

Was wir konstruktiv kritisieren:

- **F&W(AöR) als alleiniger Investor ⇒ ist falsches Fundament für stabile Quartiersentwicklung** (Zielgruppe wohnungslose Menschen Stufe 3, Erfahrung nur ÖRU, keine Kompetenz in Vermietung u. Quartiersentwicklung)
- **Geringe Bürgerbeteiligung musste erst eingefordert werden, wurde letztendlich ausgehebelt:**
 1. Wahlmöglichkeit: Verkehrsanbindung ⇒ bietet laut Verkehrsgutachten keine sinnvolle Alternative
 2. Wahlmöglichkeit (offiziell beschlossen): Riegelbauten (Lärmschutz) entlang der Hauptstraße ⇒ lassen sich kurzfristig nicht realisieren, da F&W(AöR) keine ausreichende Bauplanung und kein Belegungskonzept dafür vorgelegt hat
- **Bislang mangelnde Bereitschaft für ernsthafte Kompromisse / Lösungsvorschläge*:** GiP hat seit 07/2015 mehrere, aufstockende Lösungskompromisse vorgelegt (u.a. 3 Eingaben an Bezirksversammlung), FHH & Bezirk halten an >300 Wohnungen fest, schaffen unbeirrt Fakten durch Eigentumsübertrag, Baugenehmigung u. B-Plan-Verfahren, demnächst mit Bausubstanz; Zugeständnisse i.W. nur zu Umweltaspekten

Aktuelle Zustimmung der Bevölkerung:

- Bürgerbegehren „Wandsbek für gute Integration“ hat im Wahlbezirk 6 (Poppenbüttel u. Hummelsbüttel) in den ersten 7 Tagen **5.447** (17% der Wahlberechtigten) Unterschriften gesammelt (bei Bezirksversammlungswahl 2014 \cong 36% für eine Partei, und die Abstimmung ist noch offen)
- Aktuell werden wir von rund 2.000 Anwohnern direkt begleitet

5447 Stimmen
Danke!!!

* Stand zum Startzeitpunkt der Volksinitiative 25

Bisherige Schutzfunktionen des Flurstücks 6540 in Poppenbüttel:

- (1) Landwirtschaftliche Nutzfläche, aktuell noch im **Landschaftsschutzgebiet** Hummelsbütteler Feldmark
- (2) Teil des **Biotopschutzkonzeptes** Walddörfer/Alstertal von 1999
- (3) Teil des **Minsbek-Mellingbek Grünzugs** und **regionaler Luftausgleichsflächen** (siehe mehrere B-Pläne)
- (4) Verbriefter Schutz im Rahmen eines **Bodendenkmalschutzgutachtens** von 2009 zum B-Plan 41
- (5) Ausgleichsfläche im Zuge der Nachbar-Bebauung** „Quartier der 3 Höfe“ (130 Wohnungen) und Erweiterung Golfplatz Treudelberg 2009
- (6) Bisheriger B-Plan 35 sieht in diesem Bereich im Übergang zum Landschaftsraum Mellingbektal **eingeschossige Einzelhausbebauung** vor



Aktuelle Planung:

- (1) 308 Wohnungen**, davon **nur 130 gemäß Drs.21-1838**
- Gemäß Drs. 21-1838 = **Kapazität für 1.540 Personen**
- F&W(AÖR) erstmalig als Investor und gleichzeitig als Betreiber
- Im **3-Kilometerumkreis mit Versorgungszentrum Poppenbüttel / ÖPNV-Anbindung** werden weitere Standorte geplant, bzw. existieren: Fiersberg, Rehagen, Wildes Moor, Poppenbütteler Bogen, Poppenbütteler Weg
=> insgesamt **Kapazität für mind. 6.000-7.000 Personen***

- (5) Erschließungsarbeiten laufen, Bauantrag wird kurzfristig genehmigt, neuer B-Plan 43 seit 6/15 in Arbeit**, Bauende zu 12/16 bzw. 3/17

Begründung der Auswahl durch den Bezirk:

- (1) Vorhandene Verkehrsanbindung /ÖPNV, attraktive Lage
- (2) Stabiles soziales Umfeld, Sozialindex Schulen: 5-6
- (3) Alternativen? Von 38 geprüften Flächen in Wandsbek, wären mind. 10 weniger geschützte Flächen durch einfache Maßnahmen wie Buslinienerweiterung, aufwendigere Erschließung, etc. realisierbar!



VORRANG FÜR INTEGRATION & NACHHALTIGKEIT RISSEN

Es existiert ein rechtsgültiger Bebauungsplan Rissen 45 für 230 WE (530 Personen), welcher zunächst auf 800 WE, dann auf 600 WE ausgedehnt werden soll - > Anstieg an Bewohnern um 400%

Sämtliche Ergebnisse und Erkenntnisse des zehnjährigen Planungsprozesses werden übergangen.

Durch direkte Nachbarschaft zu Sieverstücken I+II ist das Gebiet als eine Einheit mit rd. 2.800 Geflüchteten in Ortsrandlage zu sehen.

VORRANG FÜR
INTEGRATION &
NACHHALTIGKEIT
RISSEN

B-Plan Rissen 45 vs. Planung des Hamburger Senats

Kriterium	B-Plan Rissen 45	Senatspläne
Anzahl Wohneinheiten	230	400 (für Geflüchtete) + 200 (für Inländer)
Anzahl Menschen	700-800	Mind.2.000 + rd. 800 Geflüchtete in Sieverstücken I+II + 500 Inl.
Wohnformen	Familien, Mehrgenerationenwohnen	Flüchtlingsfolgeunterbringung, Zuweisung durch f&w
Eigentumsverhältnisse	Eigentum, Miete (?)	Sozialer Wohnungsbau (vom Investor vermietet an f&w)
Belegung der Wohneinheiten	2-3 Personen	Mind. 5 Personen
Brutto-Wohnfläche	Im B-Plan nicht genannt	42.450 m ²
Geschossigkeit	Doppelhäuser 2-geschossig 3-geschossige Hausgruppen	4+ Staffel-Geschossbauweise
Schulbedarf	½ Grundschulzug	Schätzung 10% Kinder im schulfähigen Alter
Verkehr	920 Fahrten / Tag	unberücksichtigt
Rechtsgrundlage	Verordnung vom 31.03.2014	B-Plan Rissen 45, Änderungen auf dem Wege der Befreiung

Kernforderungen

VORRANG FÜR
INTEGRATION &
NACHHALTIGKEIT
RISSEN

1. Eine Bebauung von Rissen 45, wie im Bebauungsplan vorgesehen mit **230 Wohneinheiten inkl. Brückenanbindung**.
2. **Durchmischung:** Belegung diese Wohneinheiten **maximal zu 30% mit Geflüchteten (keine Öffentlich-Rechtliche-Unterkunft, da Baurecht vorhanden)**.
3. Für die Integration der Flüchtlinge benötigt Rissen **verbindliche Zusagen zu den Integrationsaufwendungen** der Stadt für die nächsten 5 Jahre.



- Wo:** Duvenacker (Flurstück 6118), Eidelstedt, Bezirk Eimsbüttel
- Was:** 105 Wohneinheiten, verteilt auf sieben dreigeschossige Mehrfamilienhäuser, nach 15 Jahren sollen die Wohnungen als Sozialwohnungen zur Verfügung stehen
- Wer:** Investor SAGA GWG, Betreiber fördern & wohnen
- Wann:** Geplanter Baustart Ende 2016
- Wie:** Baugenehmigung soll auf Grundlage des §246 (Baugesetzbuch) erfolgen, B-Planverfahren läuft parallel

Kritik:

- **fehlenden Integrationsmöglichkeiten** in Eidelstedt aufgrund sozialschwacher Infrastruktur
- **Überlastung des Stadtteils Eidelstedts** mit der Aufnahme von Flüchtlingen (und Sozial-wohnungen), auch in Hinblick auf das Großbauprojekt am Hörgensweg
- Grundstück grenzt direkt an das Autobahnkreuz A7/A23 → **extrem hohe Immissionsbelastungen**
- **Zuwege** sind für die Größenordnung **nicht ausgerichtet**, zumal die Verkehrs- und Parksituation durch die gegenüberliegende Grundschule bereits überstrapaziert ist
- Duvenacker ist **Landschaftsschutzgebiet** (wird aufgehoben)



Forderungen:

- Die **Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung durch unabhängige Gutachter**
- WENN Aufhebung als Landschaftsschutzgebiet, DANN Ausweisung des Grundstückes als ‚Reines Wohngebiet‘ im **Flächennutzungsplan**
- Unter der Voraussetzung, dass gesundes Wohnen auf dem Duvenacker sichergestellt ist, **Reduzierung auf höchstens 25 Wohneinheiten** in an die Umgebung angepasster Bauweise
- **Ausbau der (sozialen) Infrastruktur** in direkter Umgebung
→ Spiel- und Bolzplätze, Frequenz der Buslinie etc.



- Wo:** Hörgensweg (ehem. Gärtnerei Süptiz) an die A23 und AKN-Trasse grenzend und in 900m Abstand zum Duvenacker (ehem. Landschaftsschutzgebiet).
- Was:** Hörgensweg 350 Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen und bis zu 600 weitere Sozialwohnungen, Duvenacker 105 Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen.
- Wer:** Hörgensweg: Planungsgesellschaft Holzbau mbH. Betrieb durch Fördern und Wohnen.
- Wann:** Hörgensweg: Start der Workshops 30. April, Baustart am Jahresende.
- Wie:** Baugenehmigung soll auf Grundlage des §246 (Baugesetzbuch) erfolgen, B-Planverfahren läuft parallel.



Kritik:

- Von den neun Stadtteilen in Eimsbüttel ist Eidelstedt der sozial Schwächste. Diese Schwäche ist in der Bauregion besonders ausgeprägt.
- Der Anteil an Migranten übersteigt hier den Eidelstedter Wert von 30% und die Harz-4 Quote von 11% deutlich!
- Für Flüchtlingsunterkünfte oder Sozialwohnungen ist die Sozialgeografie deshalb zu schlecht.
- Die Integration der Flüchtlinge hätte hier zu ungünstige Voraussetzungen
- Eidelstedt muss von den Planungen ausgenommen werden.
- Die Flüchtlingsunterkünfte sind über die anderen acht Stadtteile in Eimsbüttel zu verteilen.

- Forderung:**
- Die besten Voraussetzungen für die Integration der Flüchtlinge können dabei nur geschaffen werden, wenn diese Flüchtlingsunterkünfte zudem nicht in der Form neuer Großsiedlungen, sondern möglichst kleinteilig in Eimsbüttel verteilt errichtet werden.



- Gegründet im Februar 2016
- Anlass:
 - **ZEA Grellkamp**
 - **Keine Bürgerbeteiligung**

Forderungen:

- **Maximale Belegung von 300 Personen**
Überforderung der Integrationsfähigkeit des ansässigen Wohngebietes
- **Einhalten der Hausordnung**
Häufige Ruhestörung, besonders nach 22 Uhr
- **Verteilung der Asysuchenden auf alle Stadtteile**
Ca. 2.100 Asylsuchenden in Langenhorn

INTEGRATION: JA!
GHETTO: NEIN!

Wer wir sind:

- Die Bürgerinitiative **Integration: Ja! Ghetto: NEIN!** ist ein Zusammenschluss von Bürgerinitiativen, Gruppen, Vereinen und Einzelpersonen, die sich zum Teil schon viele Jahre für den Erhalt der Kultur- und Naturlandschaft der Marschlande einsetzen
- Die Gründung der BI erfolgte im Oktober 2015, nachdem bekannt wurde, dass im Gleisdreieck Billwerder bis zu 4000 Flüchtlinge und Asylbegehrende in festen Wohnbauten untergebracht werden sollen

Wofür stehen wir:

- Wir stehen für gute und sozialverträgliche Integration und distanzieren uns ausdrücklich von jeglichem rechten, rassistischen und menschenverachtenden Gedankengut!
- Wir beteiligen uns aktiv an der Integrationsarbeit in der Unterkunft am P&R Parkplatz Mittlerer Landweg
- Dabei ist uns eine ausgewogene Stadtteilstruktur wichtig, denn nur so kann Integration wirklich gelingen
- Billwerder ist ein Stadtteil mit ca. 1200 Einwohnern. Eine Erweiterung um mehrere tausend Flüchtlinge und Asylbegehrende führt zu einer sozialen Schieflage
- Wir beteiligen uns aktiv an der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ und stellen uns inhaltlich voll hinter deren Forderungen
- Zudem sind Mitglieder der BI die Initiatoren des Bürgerbegehrens „Bergedorf für gute Integration“

INTEGRATION: JA!
GHETTO: NEIN!

Was ist vom Senat geplant:

- Die Stadt Hamburg hat im Gleisdreieck Billwerder den Bau von 780 Wohnungen für bis zu 3400 Flüchtlinge und Asylbegehrende in Auftrag gegeben
- Das Grundstück ist bereits an den Investor (FeWa) verkauft und die endgültige Baugenehmigung wurde am 18.04.2016 vom Bezirksamt Bergedorf erteilt
- Seit ca. 7 Wochen wird im Gleisdreieck bereits gebaut (unter Ausnutzung der 1. Teilbaugenehmigung für die Erd- und Gründungsarbeiten)
- Ein Baurecht existiert im Gleisdreieck nicht, die Bebauung beruht auf dem Paragraphen 246 Baugesetzbuch
- Die geplanten Gebäude werden in mehrgeschossiger, fester Bauweise errichtet
- Die Fertigstellung ist für Ende 2016 geplant, so dass noch in diesem Jahr die ersten Menschen dort einziehen sollen

INTEGRATION: JA!
GHETTO: NEIN!

Was sind die Kritikpunkte der BI:

- Wir lehnen die Bebauung des Gleisdreiecks Billwerder komplett ab und befinden uns in einer juristischen Auseinandersetzung mit der Stadt und dem Investor. Wir fordern vom Senat einen sofortigen Baustopp und die Aufgabe des Projektes „Gleisdreieck“!
- In der Umgebung des Gleisdreiecks leben ca. 250 Nachbarn. Eine schlagartige Erweiterung des Stadtteils um bis zu 3400 Menschen wird eine soziale Schieflage mit sich bringen, gute Integration ist so nicht möglich. Ghettoisierung vorprogrammiert.
- Am P&R Parkplatz Mittlerer Landweg ist im Oktober 2015 eine Folgeunterkunft für 160 Menschen eröffnet worden. Die Integration dieser Menschen erfordert unsere Kraft und ist im Stadtteil umzusetzen. Mehr ist nicht möglich.
- Das Gleisdreieck ist ein wichtiger Korridor zwischen 2 Naturschutzgebieten. Diese Fläche ist schon jetzt nachhaltig durch die Bauarbeiten gestört, wenn nicht zerstört worden. Dort leben Tierarten, die unter strengem Naturschutz stehen.
- Wir kritisieren das Vorgehen des Senats auf das Schärfste. Dies gilt sowohl für die Bebauung des Grundstücks unter Berufung auf den §246, als auch für die gesamte Planung des Projekts
- Hier sind zu erwähnen: die Kommunikation des Bezirksamtes den Bürgern gegenüber, die Durchführung der UVP/UVS, die nachbarschaftliche Beteiligung, die täglichen Verstöße gegen die Baugenehmigung auf der Baustelle, die Haltung des Senats den Einwohnern Billwerders und der BI gegenüber



- Der Verein „Lebenswertes Lemsahl-Mellingstedt e.V.“ Oktober 2015 gegründet
- zur Zeit an die 400 Mitglieder von insgesamt ca. 6000 Einwohnern.

Kritik

- Information durch Infolyer an nur einige wenige Anwohner der ZEA Fiersberg 8, Informationsveranstaltung ließ viele Fragen / Ängste offen
- Stark unterschiedliche Informationen der Anzahl der Flüchtlinge (901 / 952 / 1020 / 1500)
- Keine Beteiligung der Anwohner, die vor vollendet Tatsachen gestellt wurden
- Keine Gespräche mit Mandat seitens der Stadt / keine Verhandlungsbereitschaft
- Fläche die dem Wohnungsbau zugeschrieben war, wird der Unterbringung von Flüchtlingen zugeführt entgegen der Aussagen vom Senat, dass diese Flächen unangetastet bleiben



Was fordern wir:

- Reduzierung der Anzahl der Bewohner der ZEA Fiersberg 8 auf eine dem Stadtteil angepasste Größe (OVG Beschluss: 252)
- Zeitliche Begrenzung auf 24 Monate (OVG Beschluss: 36 Monate)
- Wiederaufnahme des Bauvorhabens Lemsahl 19
- Keine weitere Unterkunft in Lemsahl-Mellingstedt, da sonst der Anteil der pro Stadtteil unterzubringenden Personen (5% der Bevölkerung des Stadtteils) überschritten wird.

Was macht die Bürgerinitiative?

- Wir informieren interessierte Bürgerinnen und Bürgern über Neuigkeiten und Fakten.
- Wir bieten die Möglichkeit zum Austausch über Möglichkeiten einer sinnvollen Integration.
- Wir führen kritische Gespräche mit Politik und Verwaltung.
- Wir verfolgen unsere demokratisch legitimierte Bürgerrechte, auch mit anwaltlicher Vertretung.

Wir fordern:

- Wir fordern eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen in Hamburg.
- Stopp zu den Unterkünften am Leuchtkäferweg und Sinstorfer Kirchweg!
- Stopp zur Ghetto-Politik!
- Dialog zwischen Politik und Verwaltung und den Betroffenen!
- Demokratische Einbeziehung der Betroffenen in Entscheidungsprozesse!

Was macht die Bürgerinitiative?

- Wir informieren interessierte Bürgerinnen und Bürgern über Neuigkeiten und Fakten.
- Wir bieten die Möglichkeit zum Austausch über Möglichkeiten einer sinnvollen Integration.
- Wir führen kritische Gespräche mit Politik und Verwaltung.
- Wir verfolgen unsere demokratisch legitimierten Bürgerrechte, auch mit anwaltlicher Vertretung.

Wir fordern:

- Wir fordern eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen in Hamburg.
- Stopp zu den Unterkünften am Leuchtkäferweg und Sinstorfer Kirchweg!
- Stopp zur Ghetto-Politik!
- Dialog zwischen Politik und Verwaltung und den Betroffenen!
- Demokratische Einbeziehung der Betroffenen in Entscheidungsprozesse!

Gründung des Dachverbandes

In der festen Überzeugung, dass die Integration der Geflüchteten nicht in Großsiedlungen funktionieren kann und weil erste Gespräche mit Bezirk und Senat fruchtlos verlaufen, schließen sich die Initiativen Anfang des Jahres zum Dachverband „Initiativen für Integration“ – kurz IFI zusammen.



ebenswertes **Klein Borstel** e.V.

Bürgerinitiative
Neugraben-Fischbek
NEIN! zur Politik
Ja zur Hilfe!



EPPENDORF/LOKSTEDT
Integration statt Großsiedlung

**VORRANG FÜR
INTEGRATION &
NACHHALTIGKEIT
RISSEN**



bürgerinitiative
marmstorf - sinstorf

Lebenswertes

Lemsahl-Mellingstedt



Natürlich MITTEndrin!

Für Integration - Gegen die Bebauung des Öjendorfer Parks



FRISCHE LUFT
FÜR GANZ
HAMBURG!
ERHALT DER
HUMMELSBÜTTELER
FELDMARK

**INTEGRATION: JA!
GETTO: NEIN!**



Grundlegenden Forderungen und Ideen der Initiative für erfolgreiche Integration (IFI)

Die Ausgangslage

Die Ausgangslage

Die Situation 2015

Die Senatsdrucksache 2015/1960

Konsequenz: BI bilden sich

Forderungen der Bürgerinitiativen

Die Bürgerinitiativen

Die Forderungen der Bürgerinitiativen

Gründung des Dachverbandes

Was sind die grundlegenden Forderungen und Ideen IFI

Integration muss an erster Stelle stehen für Hamburger und Flüchtlinge

Eine gerechtere Verteilung der Flüchtlingsunterkünfte

Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten, Sozialstruktur und Landschaftsschutz

Integration muss an erster Stelle stehen für Hamburger und Flüchtlinge

ZEIT  ONLINE

Suche



Politik Gesellschaft Wirtschaft Kultur ▾ Wissen Digital Studium ▾ Karriere Entdecken Sport Spiele mehr ▾

ZEITmagazin

Flüchtlingsunterbringung

"Wir wissen, dass es falsch ist"

Städte planen Großsiedlungen für Flüchtlinge. So schaffen sie soziale Probleme, kritisiert der Stadtsoziologe Jürgen Friedrichs. Doch bessere Optionen bräuchten Zeit.

Interview: **Lenz Jacobsen**

30. Oktober 2015, 10:39 Uhr / [423 Kommentare](#)

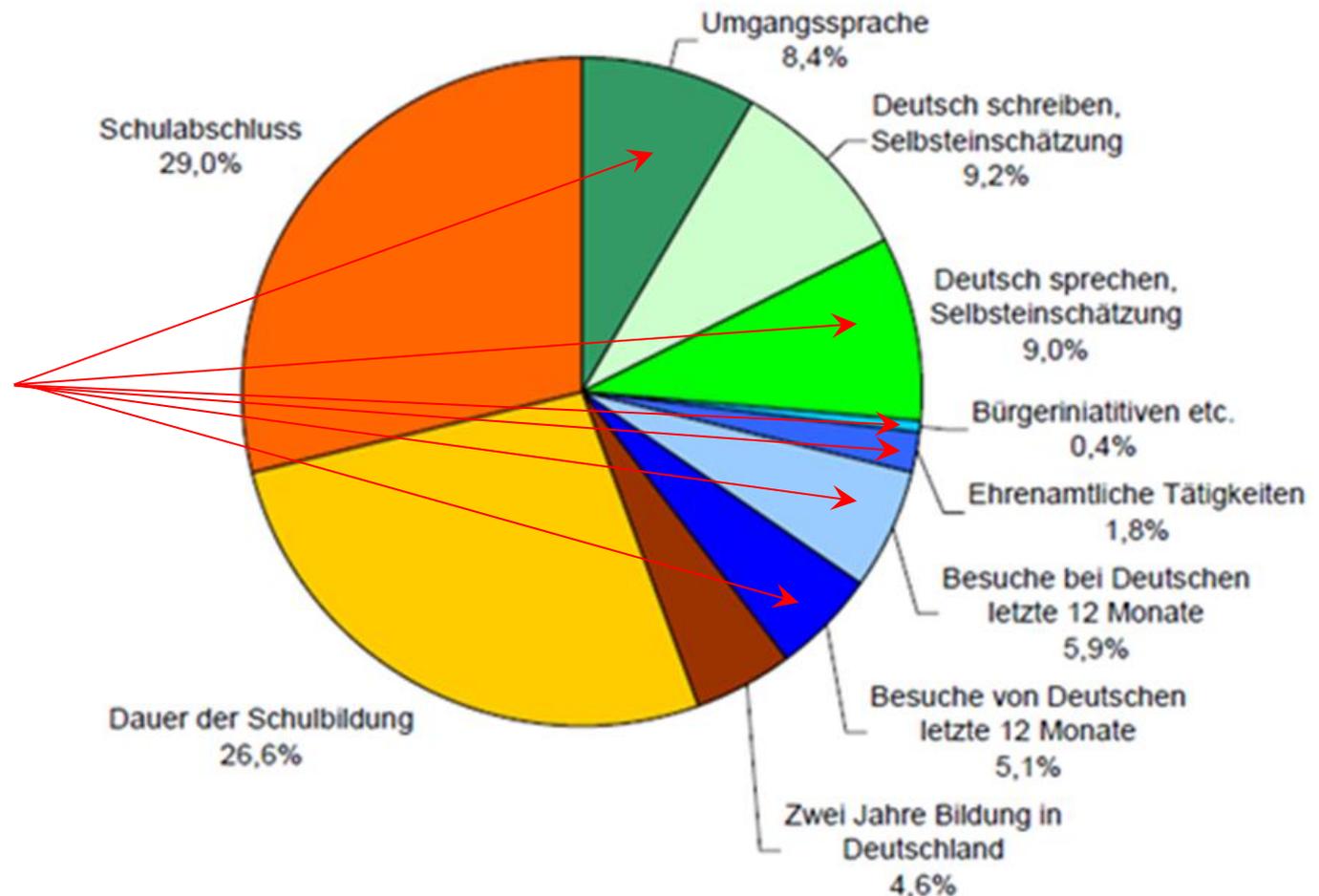
Integration muss an erster Stelle stehen für Hamburger und Flüchtlinge

- **ZEIT ONLINE**¹: Herr Friedrichs, in Hamburg plant die Stadt gerade an mehreren Standorten Großsiedlungen für Asylbewerber, beispielsweise auf einer Wiese an einem Eisenbahndreieck sollen 800 Wohnungen für bis zu 4.000 Menschen entstehen, bezugsfertig bis Weihnachten 2016. Was halten Sie davon?
- **Jürgen Friedrichs**: Nichts. Die Flüchtlinge werden so konzentriert und auch noch diskriminiert. ...
Die Menschen dort haben keinen Austausch mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Sie haben keine anderen Verhaltensmodelle als die anderen Flüchtlinge in der unmittelbaren Nachbarschaft, an denen sie sich bei der Integration orientieren können.
- Es wäre viel besser, die Flüchtlinge über unterschiedliche Stadtteile zu verteilen, in kleineren Gruppen, sie einzugliedern in die bestehenden Wohnstrukturen. Baulücken zu bebauen und vernünftigen sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen, in dem sich Deutsche und Migrant*innen mischen. **Je kleinflächiger die Unterbringung, desto besser.** 400, 500 oder 600 Personen sind falsch.

1) 30. Oktober 2015 <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/fluechtlinge-unterkunft-staedtebau-interview>

Bedeutung von Integrationsfaktoren

**Hier findet
Nachbarschaft
statt.
Und das heißt
Integration**



Integration muss an erster Stelle stehen für Hamburger und Flüchtlinge

- Für die Flüchtlinge sind die Hamburger Nachbarn
- Für die Hamburger sind die Flüchtlinge Nachbarn
- **Nachbarschaft** fördert Verständnis und erleichtert die solidarische Unterstützung
- Die **Kosten unzureichender Integration** übersteigen die Kosten für eine gute Integration um ein Vielfachen! ¹

1) Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland, Tobias Fritschi (BASS), Ben Jann (ETH Zürich), BASS 2007

Forderung: Parallelgesellschaften müssen verhindert werden.

Wir fordern den Ersten Bürgermeister und den Senat auf,

- mit allen sozialen Kräften in Hamburg,
- unterstützt von Experten und vor allem
- mit den Bürgern,

einen ‚**Hamburger Verteilungsschlüssel**‘ für die Zuteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Stadtteile zu entwickeln.

Um eine **bestmögliche Integration und Akzeptanz** zu erreichen, müssen alle Kräfte genutzt werden, um die Flüchtlinge, auch innerhalb der Stadtteile, an vielen kleinen Standorten unterzubringen.

Im Rahmen der dauerhaften Unterbringung ist bereits **von Anfang an eine Durchmischung** von Flüchtlingen und Einheimischen sicherzustellen.

Integration muss an erster Stelle stehen

„Je kleinflächiger die Unterbringung, desto besser. 400, 500 oder 600 Personen sind falsch.“ (Prof. Dr. Jürgen Friedrichs, Migrationsforscher Köln)

- **Die Bürgerinitiativen entwickeln einen eigenen „Hamburger Verteilungsschlüssel“**
 - Maximale Anzahl in einem Stadtteil
 - Maximale Anzahl an einem Ort
- **Berücksichtigt werden:**
 - Die Möglichkeiten der Anwohner und die
 - Anforderungen der Flüchtlinge.

Das führt zu der

- **Forderung nach einem „Hamburger Integrationsschlüssel“**

Integration muss an erster Stelle stehen

Ein für Hamburg **sinnvoller Verteilungsschlüssel muss** von allen Beteiligten (Bürger, Parteien, Verwaltungen) unter Berücksichtigung der o. g. Einflussgrößen **entwickelt werden**.

Nordrhein-Westfalen etwa verteilt die Asylbewerber nur nach Bevölkerung und Fläche.

Hessen berücksichtigt dagegen den Ausländeranteil und Einwohnerzahl.

Baden-Württemberg legt allein die jeweilige Bevölkerungszahl zugrunde.

Schwer erklärlich, warum weitere wichtige Aspekte der Integration bundesweit nicht berücksichtigt werden.

Hamburg gehört zu den Bundesländern, die kein System erkennen lassen.

Wir fordern vom Ersten Bürgermeister und vom Senat,

- dass die **Bürgerbeteiligung** bei der Flüchtlingsunterbringung eine **Mindestqualität** haben muss und ergebnisoffen geführt wird
- ein professionelles **Projektmanagement**
- **menschenwürdige Unterbringung** in den ZEAs
- eine **Reduzierung der Durchlaufzeiten** der Flüchtlinge in den ZEAs zu erwirken
- **öffentliches Kataster verfügbarer Alternativen** und aktueller und mittelfristiger Planungen für eine Versorgung mit Wohnraum zu erstellen

Warum kam es zur Volksinitiative

Die Ausgangslage

Die Ausgangslage

Die Situation 2015

Die Senatsdrucksache 2015/1960

Konsequenz: BI bilden sich

Forderungen der Bürgerinitiativen

Die Bürgerinitiativen

Die Forderungen der Bürgerinitiativen

Gründung des Dachverbandes

Was sind die grundlegenden Forderungen und Ideen IFI

Integration muss an erster Stelle stehen für Hamburger und Flüchtlinge

Eine gerechtere Verteilung der Flüchtlingsunterkünfte

Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten, Sozialstruktur und Landschaftsschutz

Warum kam es zur Volksinitiative

Missachtung der Bürgerrechte

Erfahrung in allen Stadtteilen bei allen Bürgerinitiativen

- Ausschließlich **Monologbereitschaft** der politischen Eliten
- **Vollständige Ignoranz** gegenüber den Vorschlägen der Bürger
- Keine **Bereitschaft zum offenen Diskurs** auf Augenhöhe
- Offensichtliche Ziele hinter der „alternativlosen Forderung“ nach Großunterkünften → Sozialer **Wohnungsbau ohne Baugenehmigungen auf Flächen in Landschaftsschutzgebieten**
- **Großsiedlungen um jeden Preis!**
- **Soziale Folgen, Landschaftsschutz und zukünftige Kosten einer völlig verfehlten Politik spielen keine Rolle.**

Das ist der Nährboden auf dem Bürgerinitiativen die einzige Alternative darstellen. Aber erst ein Zusammenschluss über ganz Hamburg bringt die Wahrnehmbarkeit.

Experten stützen die Auffassung von IFI

GEPLANTE GROSSSIEDLUNGEN

19.01.16

Experten warnen in Hamburg vor Flüchtlingsgettos

Von Oliver Schirg



Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowski, vor einer ethnischen Abschottung gewarnt. Diese verhindere Integration, sagte der SPD-Politiker am Dienstagabend im Rathaus bei einer Anhörung vor dem Stadtentwicklungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft. Deshalb fordere er: **"Keine Monotonie, sondern durchmischen!"** Zudem warnte Buschkowski davor, dass Großstädte angesichts



14.04.2016 / Kolumnen

Es kommt eben doch auf die Größe an

Für Jürgen Friedrichs verhindern riesige Asylunterkünfte die Integration von Geflüchteten in die deutsche Gesellschaft

Wer sind die Initiatoren

Die Kernforderung

Wer sind die Initiatoren VI

Klaus Schomacker, Jasmin Peter, Harald Lübker, Michael Neumaier, Christopher Deecke

Wer sind die Initiatoren



Einschränkungen der Ziele durch die Verfassung

Die Kernforderung

Wer sind die Initiatoren VI

Klaus Schomacker, Jasmin Peter, Harald Lübker, Michael Neumaier, Christopher Deecke

Einschränkungen der Ziele durch die Verfassung

Unterbringungsverpflichtung

Bestimmtheit

Kopplungsverbot

Haushalt

Einschränkungen der Ziele durch die Verfassung

Unterbringungsverpflichtung muss unberührt bleiben:

< 100 = unendlich → keine Obergrenze

Bestimmtheit:

Fairteilung / 300 / 1.000

Kopplungsverbot:

Landschaftsschutz / Flüchtlingsunterbringung

Haushalt:

Forderung / Gegenfinanzierung

Vom

**„Hamburger Verteilungsschlüssel“
(Fairteilung)**

**zur Forderung nach
300 Flüchtlingen und 1.000 m
Abstand!**

Die Kernforderung

Wer sind die Initiatoren VI

Klaus Schomacker, Jasmin Peter, Harald Lübker, Michael Neumaier, Christopher Deecke

Einschränkungen der Ziele durch die Verfassung

Unterbringungsverpflichtung muss unberührt bleiben

Bestimmtheit

Kopplungsverbot

Haushalt

Vom „Hamburger Verteilungsschlüssel“ (Fairteilung) zur Forderung nach 300 Flüchtlingen und 1.000 m Abstand!

Als Beispiel: Das Konzept Neugraben-Fischbek

Als Beispiel: Das Konzept VIN – Rissen

Hamburger Verteilungsschlüssel Neugraben-Fischbek



Schlüssel der BI Neugraben-Fischbek

Hintergrund: Die Bürger stellen den Königsteiner Schlüssel kaum in Frage*, zeitgleich wird innerhalb Hamburgs nur mit Flächen argumentiert?
So kommt kein Gefühl einer fairen Chancen- und Lastenverteilung zustande!

Ziel: Einbindung wesentlicher Faktoren

Treiber	Warum ?
1) Einwohner	Gegenwert der Menschen die vor Ort Integration leisten können
2) Flächen	Gegenwert der Bebauungsmöglichkeiten eines Stadtteils (zzgl. Leerstand, Baulücken, Dachgeschosse,...)
3) Soziale Struktur	Gegenwert der Fähigkeit Integration zu leisten
4) Infrastruktur	Gegenwert der vorhandenen Gegebenheiten um Integration zu ermöglichen (Schulen, Kitas, Ärzte, Polizei, Nahverkehr)

Gerade verfügbare Flächen stehen in Gegenposition zu den anderen 3 Treibern.
Daher Begrenzung der Flächenmenge insoweit, dass ein einzelner Stadtteil nicht kippt!

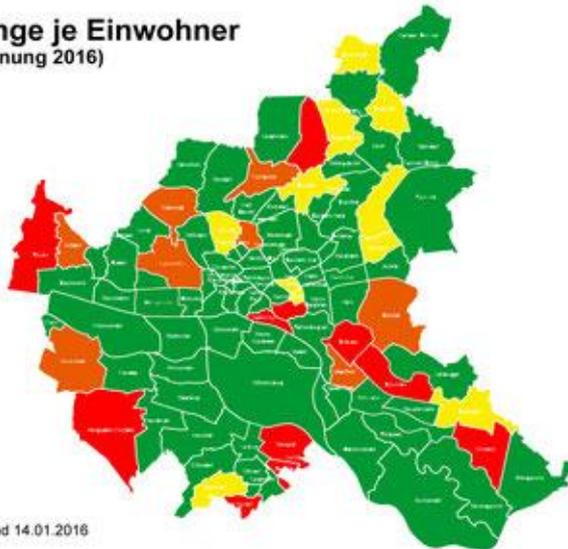
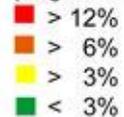
*Eine Diskussion wird nur über die Ausgestaltung des Schlüssels, jedoch nicht über eine Verteilung nach einem Schlüssel geführt.

Bürgerinitiative
Neugraben-Fischbek
NEIN! zur Politik
Ja zur Hilfe!

Schlüssel der BI Neugraben-Fischbek

Ausgangslage Januar 2016

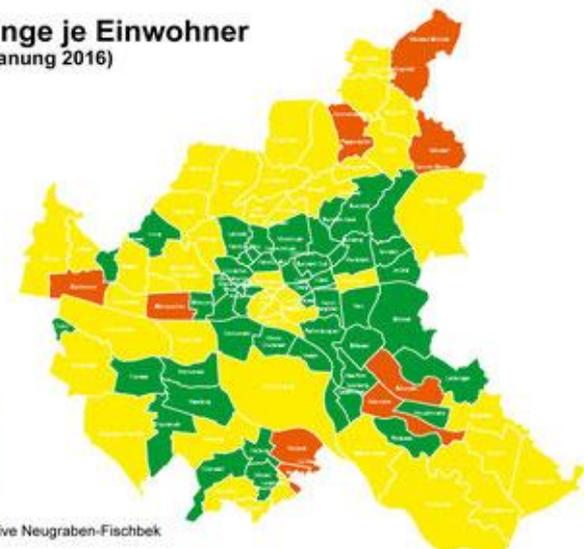
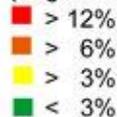
Anteil Flüchtlinge je Einwohner
(Folgeunterkünfte Planung 2016)



Quelle: Stadt Hamburg Stand 14.01.2016

Vorschlag Schlüssel

Anteil Flüchtlinge je Einwohner
(Folgeunterkünfte Planung 2016)



Bürgerinitiative
Neugraben-Fischbek
NEIN! zur Politik
Ja zur Hilfe!

Vorschlag der Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek

- Schlüssel enthält nur Aussage über faire Lastenverteilung, im Einzelfall kann Prüfung vor Ort abweichen
- Schlüssel sagt nichts über die Verteilung innerhalb des Stadtteils aus – Ziel kleiner dezentraler Einheiten bleibt!

Hamburger Verteilungsschlüssel Rissen

Verteilungsschlüssel mit Berücksichtigung von Sozial-Monitoring

Hamburg führt jährlich ein Sozialmonitoring durch, um frühzeitig soziale Probleme in einzelnen Gebieten zu erkennen und veröffentlicht das Ergebnis in einem Jahresbericht.

Konkret wird Hamburg in gut 800 Gebiete mit jeweils etwa 2.000 Einwohnern eingeteilt. Diesen Gebieten wird dann anhand von sieben Kriterien (Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, Kinder von Alleinerziehenden, SGB-II-Empfänger/-innen, Arbeitslose, Kinder (unter 15 Jahre) in Mindestsicherung, Mindestsicherung im Alter, Schüler/-innen ohne höheren Schulabschluss) ein Sozialstatus zugeordnet.

Es gibt die Kategorien sehr niedrig, niedrig, mittel, hoch. Zusätzlich wird angegeben, in welche Richtung sich das Gebiet tendenziell entwickelt (positiv, stabil, negativ).

Verteilungsschlüssel mit Berücksichtigung von Sozialmonitoring

Hamburg Gesamtindex

Statusindex	Positiv	Stabil	Negativ	
Hoch	9318	273763	1704	284785
Mittel	115309	932713	72451	1120473
Niedrig	15297	125495	21412	162204
Sehr niedrig	26230	143185	37328	206743
Summe	166154	1475156	132895	1774205

Um die Flüchtlinge nicht auf ohnehin sozial belastete Gebiete zu verteilen, werden bei der Verteilung die Gebiete mit dem Status sehr niedrig, niedrig sowie mittel plus Tendenz negativ ausgespart (das betrifft etwa 25% der Gebiete in ganz Hamburg).

Im Übrigen erfolgt dann eine Verteilung der Flüchtlinge nach Einwohnerzahl.

Beispiel in Bezirk Altona

Anzahl Flüchtlinge mit bleibe Perspective in Hamburg

55000

Anzahl Flüchtlinge in Altona

8790

	% von Grün	Bevölkerung	% Einwohner	Grün	Rot	Theoretische Plätze nach Schlüssel	Ohne ZEA			Mit ZEA	
							% von Stadtteil	Plätze heute	Delta	Plätze heute	Delta
Altona-Altstadt	69,0%	28.227	10,9%	19479	8748	804	9,1%	12	-792	12	-792
Altona-Nord	82,6%	21.833	8,4%	18029	3804	744	8,5%	307	-437	307	-437
Bahnenfeld	92,3%	26.955	10,4%	24888	2067	1027	11,7%	2533	1506	6193	5166
Blankenese	100,0%	13.122	5,1%	13122	0	541	6,2%	192	-349	192	-349
Groß Flottbek	100,0%	10.792	4,2%	10792	0	445	5,1%	0	-445	0	-445
Iserbrook	100,0%	11.130	4,3%	11130	0	459	5,2%	0	-459	75	-384
Lurup	44,6%	34.675	13,4%	15474	19201	639	7,3%	267	-372	267	-372
Nienstedten	100,0%	7.271	2,8%	7271	0	300	3,4%	0	-300	0	-300
Osdorf	66,1%	25.612	9,9%	16921	8691	698	7,9%	130	-568	1500	802
Othmarschen	100,0%	12.749	4,9%	12749	0	526	6,0%	208	-318	808	282
Ottensen	100,0%	34.593	13,4%	34593	0	1428	16,2%	36	-1392	36	-1392
Rissen	100,0%	14.795	5,7%	14795	0	611	6,9%	2000	1389	4000	3389
Sternschanze	67,0%	7.805	3,0%	5229	2576	216	2,5%	0	-216	0	-216
Sülldorf	93,5%	9.137	3,5%	8546	591	353	4,0%	744	391	744	391
		258.696		213018	45678	8790	100,0%	6429		14134	

0 geplante Plätze in Groß Flottbek, Nienstedten und Sternschanze !

„Neben allgemeinen Integrationsstrategien und Maßnahmen, insbesondere der Sprachförderung und der Bildungs- und Beschäftigungspolitik, haben **quartiersbezogene Ansätze zur Integration vor Ort wachsende Bedeutung**. ... Integrationspolitik und Stadtentwicklungspolitik müssen daher als fachübergreifende Querschnittsaufgaben zusammenwirken.“¹

Das unmittelbare Wohn- und Lebensumfeld und das nachbarschaftliche Zusammenleben sind entscheidend für Erfolg und Verlauf von Integrationsprozessen, dann ist umso bedeutender, dass neben allgemeinen **das unmittelbare Wohn- und Lebensumfeld und das nachbarschaftliche Zusammenleben durch maximale Dezentralisierung der Flüchtlinge so optimal wie möglich gestaltet wird**.

Ein erster systematischer Schritt in diese Richtung ist ein **„Hamburger Verteilungsschlüssel“**.

¹)BMVBS-Online-Publikation, Nr. 08/2010, Migration/Integration und Stadtteilpolitik - Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration, Seite 101

Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten

Bei der Standortauswahl könnten folgende **städtebaulichen Kriterien** berücksichtigt werden:

- **Lage in der Stadt**
Etwa 30% der Bevölkerung sind bereit zu helfen. Daher ist es sinnvoll Flüchtlinge in Bezug auf die aufnehmende Bevölkerung zu verteilen, um die notwendige Integrationsleistung im unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld und das nachbarschaftliche Zusammenleben gewährleisten zu können.
- **Siedlungsstrukturelle Einbindung**
- **Erreichbarkeit Nahversorgung**
- **Anbindung ÖPNV**
- **Erreichbarkeit soziale Infrastruktur**
- **Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen**
Eine berufsqualifizierende Ausbildungsstätte muss in erreichbarer Nähe verfügbar sein.

Ein für Hamburg sinnvoller Verteilungsschlüssel muss von allen Beteiligten (Bürger, Parteien, Verwaltungen) unter Berücksichtigung der o. g. Einflussgrößen entwickelt werden.

Die Kernforderung

Das Kern - Ziel ist < 100 Flüchtlinge an einem Ort!

< 100 Flüchtlinge werden nicht berücksichtigt

300 sind das Maximum an einem Ort

1.000 m soll zur Fairteilung führen

Hamburg für gute Integration!

Vorbemerkung

Im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen in Hamburg soll nachhaltige Integration an erster Stelle stehen. ...

Vorlage

Ich fordere die Bürgerschaft und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, alle erforderlichen Schritte zu ergreifen, damit:

3. zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Flüchtlingen ...

ein **Mindestabstand von 1.000 Meter (Luftlinie)** liegt. Mit Zustimmung der jeweiligen Bezirksversammlung kann der Mindestabstand im begründeten Einzelfall auf bis zu 500 Meter reduziert werden.

**Das Ziel ist < 100 Flüchtlinge an
einem Ort!**

Verpflichtung von Hamburg muss unberührt bleiben

Flüchtlinge

≤ 300

Notfall

→ Aufnahme „begrenzt!“

≤ 1.000

≤ 500

→ begründete Einzelfälle

< 100

Normalfall

→ Aufnahme „unbegrenzt!“

→ SOZIALER
WOHNUNGSBAU

Das bedeutet:

Das Kernziel der Volksinitiative ist maximale Dezentralisierung für eine bestmögliche Integration.

3. zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Flüchtlingen ...

- Flüchtlingsunterkünfte, die weniger als 100 Flüchtlinge unterbringen, sollen das Hauptziel der Stadt sein.
- Solche Unterbringungen werden nicht berücksichtigt. Auf sie trifft die Abstandforderung nicht zu.
- **Bei einer Unterbringung im normalen Wohnungsbau sollte diese Situation die Regel sein.**
 - Unterbringung im normalen Wohnungsbau mit ¼-Mix ist eines der Kernziele der Bürgerinitiativen.
- Unterkünfte, die Größer sind und maximal 300 Flüchtlinge an einem Ort unterbringen, sollen die Ausnahme sein.
- **So werden Flüchtlinge zu Nachbarn und die Integration wird gelingen!**

Hamburg für gute Integration!

Vorbemerkung

Im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen in Hamburg soll nachhaltige Integration an erster Stelle stehen. ...

Vorlage

Ich fordere die Bürgerschaft und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, alle erforderlichen Schritte zu ergreifen, damit:

1. in Folgeunterbringungseinrichtungen und Wohnbauvorhaben, die nach dem 26.02.2016 in Betrieb genommen oder erweitert werden, **zu keiner Zeit mehr als 300 Flüchtlinge** untergebracht werden.

Das bedeutet:

Das Kernziel der Volksinitiative ist maximale Dezentralisierung für eine bestmögliche Integration.

1. ... zu keiner Zeit mehr als 300 Flüchtlinge untergebracht werden.

- Ansatz es zu verstehen: Die **Dunbar-Zahl**: Kognitive Grenze der Anzahl Menschen, mit denen eine Einzelperson soziale Beziehungen unterhalten können. Im Allgemeinen beträgt die Dunbar-Zahl 150, individuell zwischen 100 und 250 schwanken kann.
- Ansatz es zu verstehen: **Soziologisch** können maximal 300 Menschen für einen Zeitraum konfliktfrei in Großunterkünften zusammenleben, oder anders gesagt: eine Gemeinschaftsunterkunft von mehr als 300 Menschen führt regelmäßig zu Konflikten und Gewalt.
(Prof. Neumann)

Das bedeutet:

Das Kernziel der Volksinitiative ist maximale Dezentralisierung für eine bestmögliche Integration.

1. ... zu keiner Zeit mehr als 300 Flüchtlinge untergebracht werden.

→ Ansatz es zu verstehen: Die Praxis:

Sachsen:

„Die Arbeitsgemeinschaft empfiehlt, dass in neu zu schaffenden Gemeinschaftsunterkünften die Kapazität **von ca. 150 Personen nicht überschritten** werden sollte.“

→ **Sachsen-Anhalt:**

„Die Unterbringung soll vorrangig in kleineren Gemeinschaftsunterkünften erfolgen. Die Kapazität einer Gemeinschaftsunterkunft sollte auf **150 Unterbringungsplätze** beschränkt sein.“

→ **Schleswig Holstein:**

„Anerkannte Gemeinschaftsunterkünfte müssen über mindestens 40 Unterbringungsplätze verfügen. Sie sollen eine **Kapazitätsgrenze von 100 Unterbringungsplätzen nicht überschreiten.**“

Das bedeutet:

Das Kernziel der Volksinitiative ist maximale Dezentralisierung für eine bestmögliche Integration.

1. ... zu keiner Zeit mehr als 300 Flüchtlinge untergebracht werden.

→ Ansatz es zu verstehen: Die Praxis:

München:

„Die ehemalige Höchstgrenze von 200 Bettenplätzen pro Unterkunft ... musste zwischenzeitlich aufgehoben werden.““

→ **Köln:**

Leitlinie mit Vorbildfunktion¹: „Daran schließt sich die Unterbringung in einem Wohnheim an. Für solche Wohnheime ist in den Leitlinien eine **maximale Belegungsgröße von 40 bis 80 Personen** vorgesehen“

→ **Kleiner 300 werden Flüchtlinge zu Nachbarn und die Integration wird gelingen!**

1) Rober Bosch Studie: Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen, (Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement), Herausgeber Robert Bosch Stiftung, Jutta Aumüller, Priska Daphi, Celine Biesenkamp, 2015

Hamburg für gute Integration!

Vorbemerkung

Im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen in Hamburg soll nachhaltige Integration an erster Stelle stehen. ...

Vorlage

Ich fordere die Bürgerschaft und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, alle erforderlichen Schritte zu ergreifen, damit:

3. zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Flüchtlingen ein **Mindestabstand von 1.000 Meter (Luftlinie)** liegt.
Mit Zustimmung der jeweiligen Bezirksversammlung kann der Mindestabstand im begründeten Einzelfall auf bis zu 500 Meter reduziert werden.

1.000 m soll zur Fairteilung führen

	Stadtteil	Einwohner	Plätze (bestehend + geplant)	Anteil Flüchtlinge zu bestehende Einwohner	geplanter Flüchtlingsanteil an Stadtteil		
Bergedorf	Billwerder	1.294	3.340	258%	72%	1	4%
Hamburg- Mitte	Billbrook	1.428	1.674	117%	54%	2	6%
Hamburg- Mitte	Hammerbrook	2.244	1.028	46%	31%	3	7%
Altona	Rissen	15.058	3.700	25%	20%	4	12%
	Neuland	1.257	308	25%	20%	5	12%
Wandsbek	Hummelsbüttel	17.180	3.680	21%	18%	6	16%
Altona	Bahrenfeld	27.378	5.761	21%	17%	7	23%
Harburg	Sinstorf	3.554	697	20%	16%	8	24%
Wandsbek	Marienthal	12.358	2.031	16%	14%	9	26%
Harburg	Neugraben-Fischbek	27.519	4.394	16%	14%	10	32%
Wandsbek	Lemsahl-Mellingstedt	6.556	1.020	16%	13%	11	33%
Harburg	Harburg	22.946	3.422	15%	13%	12	37%
Bergedorf	Curslack	3.920	580	15%	13%	13	38%
Eimsbüttel	Eidelstedt	31.575	4.504	14%	12%	14	43%
Hamburg- Nord	Fuhlsbüttel	12.204	1.451	12%	11%	15	45%
Harburg	Neuenfelde	4.562	462	10%	9%	16	45%
Hamburg- Nord	Eppendorf	24.170	2.400	10%	9%	17	48%
Hamburg- Nord	Groß Borstel	8.013	756	9%	9%	18	49%
Wandsbek	Wohldorf-Ohlstedt	4.475	410	9%	8%	19	50%
Altona	Sülldorf	9.067	744	8%	8%	20	50%

1.000 m soll zur Fairteilung führen

			Anteil				
	Stadtteil	Einwohner	Plätze (bestehend + geplant)	Flüchtlinge zu bestehende Einwohner	geplanter Flüchtlingsanteil an Stadtteil		
Bergedorf	Moorfleet	1.243	100	8%	7%	21	51%
Eimsbüttel	Niendorf	40.171	2.976	7%	7%	22	54%
Bergedorf	Bergedorf	33.295	2.426	7%	7%	23	57%
Altona	Osdorf	25.901	1.860	7%	7%	24	59%
Eimsbüttel	Stellingen	24.077	1.623	7%	6%	25	61%
Hamburg- Mitte	Billstedt	69.806	4.530	6%	6%	26	67%
Hamburg- Mitte	Borgfelde	6.773	437	6%	6%	27	67%
Wandsbek	Jenfeld	24.751	1.500	6%	6%	28	69%
Hamburg- Mitte	Wilhelmsburg	52.892	3.103	6%	6%	29	73%
Altona	Othmarschen	13.869	808	6%	6%	30	74%
Wandsbek	Rahlstedt	88.094	4.898	6%	5%	31	79%
Eimsbüttel	Schnelsen	28.312	1.529	5%	5%	32	81%
Hamburg- Nord	Langenhorn	42.714	2.269	5%	5%	33	84%
Hamburg- Nord	Hohenfelde	9.182	484	5%	5%	34	84%
Wandsbek	Bergstedt	10.216	532	5%	5%	35	85%
Wandsbek	Poppenbüttel	22.536	1.150	5%	5%	36	86%
Hamburg- Nord	Ohlsdorf	15.043	700	5%	4%	37	87%
Harburg	Marmstorf	8.780	400	5%	4%	38	88%
Wandsbek	Duvenstedt	6.253	246	4%	4%	39	88%
Eimsbüttel	Lokstedt	28.053	1.055	4%	4%	40	89%

1.000 m soll zur Fairteilung führen



20 Stadtteile tragen > 50% der Flüchtlinge



32 Stadtteile tragen > 80% der Flüchtlinge



59 Stadtteile tragen > 100 % der Flüchtlinge

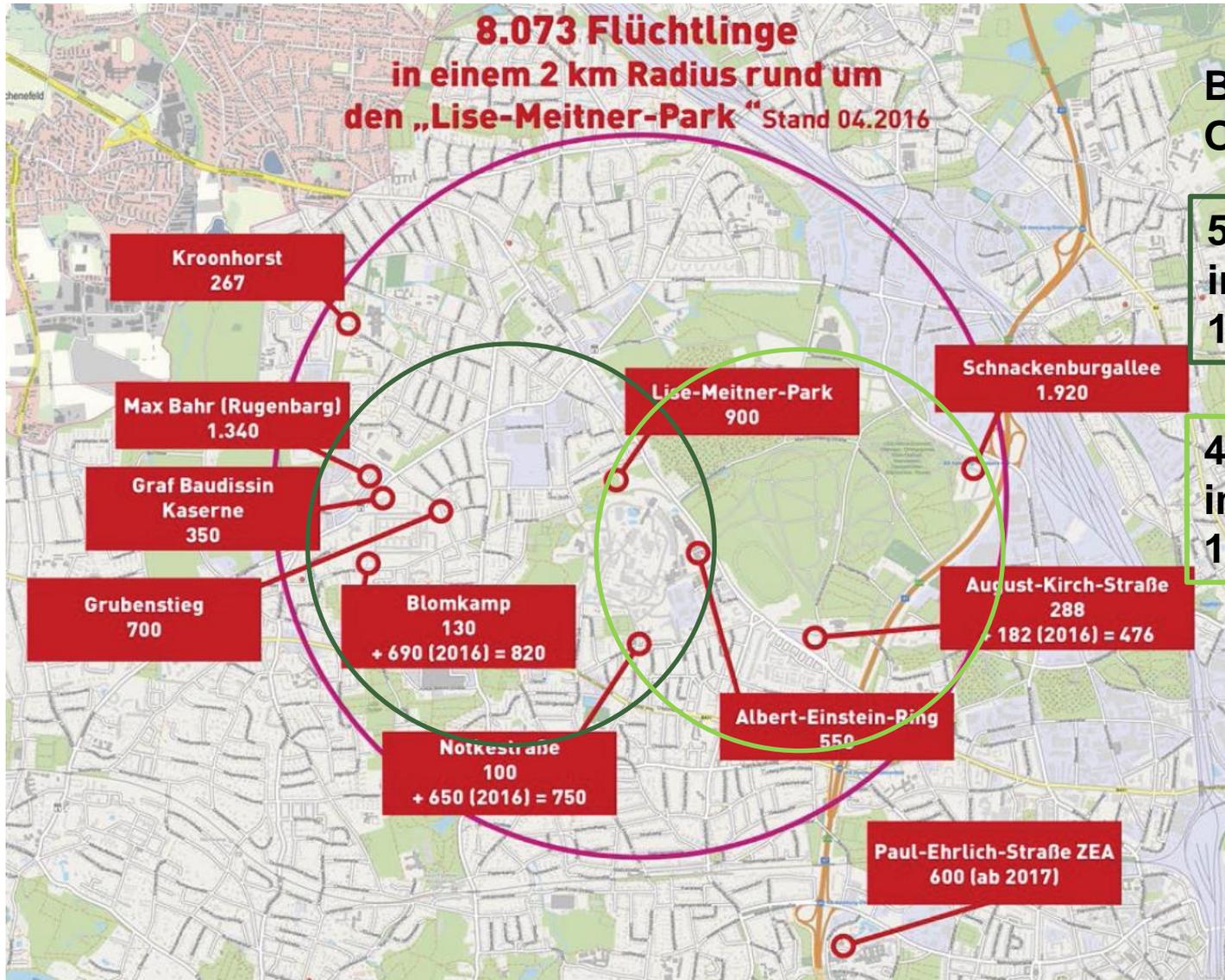


45 Stadtteile tragen > 0 % der Flüchtlinge



1.000 m soll zur Fairteilung führen

Ein anderer Blick auf die Planungen - Großsiedlungen



Bahrenfeld +
Osdorf

5.777 Flüchtlinge
im Umkreis von
1 km

4.596 Flüchtlinge
im Umkreis von
1 km

1.000 m soll zur Fairteilung führen



Zwischen den einzelnen Einrichtungen muss ein **Mindestabstand von 1.000 Meter** (Luftlinie) liegen. Der Mindestabstand gilt über die Stadtteilgrenzen hinaus. Einrichtungen für weniger als 100 Flüchtlinge werden bei der Prüfung des Mindestabstands nicht berücksichtigt.

Mindestabstand (m)	4.000	2.000	1.000	500	250
Theoretisches Maximum der Möglichkeiten für Unterkünfte (Hamburger Siedlungsfläche laut Monitoring Bericht: 357 km ²)	22	89	357	1.428	22.848

Hamburg für gute Integration!

Vorbemerkung

Im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen in Hamburg soll nachhaltige Integration an erster Stelle stehen. ...

Vorlage

Ich fordere die Bürgerschaft und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, alle erforderlichen Schritte zu ergreifen, damit:

3. zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Flüchtlingen ein Mindestabstand von 1.000 Meter (Luftlinie) liegt.

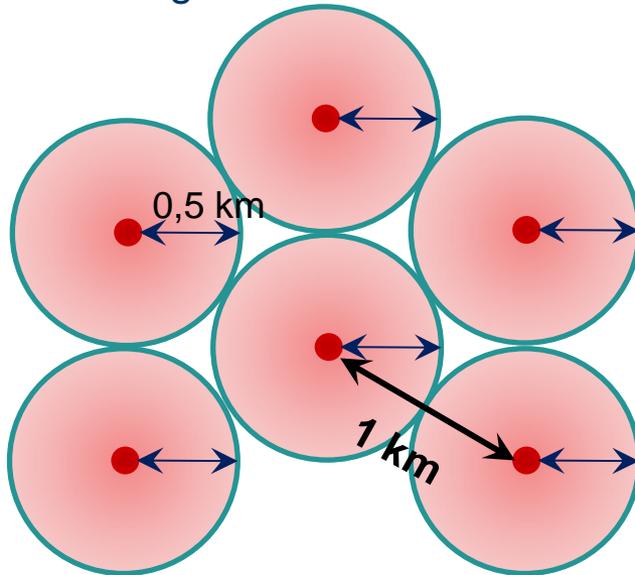
Mit Zustimmung der jeweiligen Bezirksversammlung kann der Mindestabstand im begründeten Einzelfall auf bis zu 500 Meter reduziert werden.

500 m Grenze

Um ein Kilometer Mindestabstand zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Flüchtlingen sicherzustellen, braucht man um jeden Standort einen Kreis mit einem 500 Meter Radius. Die Summe von 2 Radien macht 1 km Abstand.

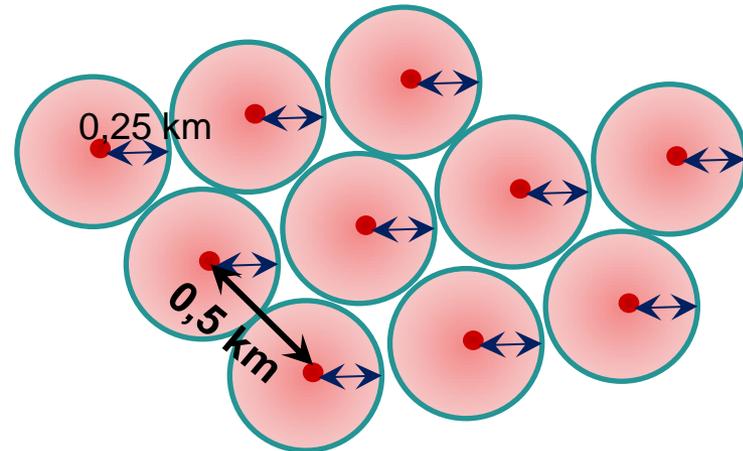
Bei einer Halbierung der Distanz vervierfacht sich die Anzahl der Unterkünfte!

Anzahl der möglichen Unterkünfte



„Zieht man um jeden einen Kreis mit einem 500m Radius (Mindestabstand ist 1000m), bräuchte man **eine Fläche von 94,2 Quadratkilometern**. (für 120 Standorte)“
→ 36.000 Flüchtlinge

Anzahl der möglichen Unterkünfte



„Zieht man um jeden einen Kreis mit einem 250m Radius (Mindestabstand ist 500m), bräuchte man **eine Fläche von 24 Quadratkilometern**. (für 120 Standorte)“
→ 36.000 Flüchtlinge

**Was zum Verteilungsschlüssel
dazu gehört:**

Der Integrationsschlüssel

Die Kernforderung

Das Kern - Ziel ist < 100 Flüchtlinge an einem Ort!

- < 100 Flüchtlinge werden nicht berücksichtigt
- 300 sind das Maximum an einem Ort
- 1.000 m soll zur Fairteilung führen

Was zum Verteilungsschlüssel dazu gehört: Der Integrationsschlüssel

- Leistungsfähigkeit des Integrationsortes
- Integrationsbedarf aus der Sicht der Flüchtlinge

Leistungsfähigkeit des Integrationsortes: Bei der Standortauswahl könnten folgende städtebaulichen Kriterien berücksichtigt werden:

- **„Lage in der Stadt“**
Es wird eine möglichst gleichmäßige Verteilung von Einrichtungen und Unterbringungsmöglichkeiten im Stadtgebiet angestrebt. Etwa 30% der Bevölkerung sind bereit zu helfen. Daher ist es sinnvoll Flüchtlinge in Bezug auf die aufnehmende Bevölkerung zu verteilen, um die notwendige Integrationsleistung im unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld und das nachbarschaftliche Zusammenleben gewährleisten zu können.
- **"Siedlungsstrukturelle Einbindung"**
Flüchtlingsunterkünfte sind in der Regel als soziale Einrichtungen mit Wohncharakter zu betrachten. Geeignet sind städtebaulich integrierte Lagen unter Beachtung nachbarschaftlicher Belange.
- **"Erreichbarkeit Nahversorgung"**
Da sich die Flüchtlinge in der Regel um ihre Versorgung selbst kümmern müssen, ist eine fußläufige Erreichbarkeit von Nahversorgungseinrichtungen notwendig. Eine gute Erreichbarkeit ist gegeben wenn die Entfernung bis zum nächsten Lebensmittelmarkt ca. 500 m beträgt. Größere Entfernungen von über 1.000 m sind ungünstig.
- **"Anbindung ÖPNV"**
Auch hier gilt die fußläufige Entfernung als Bewertungsmaßstab. Ergänzend wird jedoch die Anbindungsqualität der nächstgelegenen Haltestelle (Taktfrequenz, Verkehrsmittel) mit berücksichtigt.
- **"Erreichbarkeit soziale Infrastruktur"**
Für Flüchtlingsfamilien mit Kindern ist die Nähe zu Kindertageseinrichtungen und Schulen von Bedeutung. Dies fließt ebenfalls in die städtebauliche Bewertung mit ein.“¹

1) Flüchtlinge in Dortmund, Nach welchen Kriterien wurden die Standorte für die Übergangseinrichtungen ausgesucht?
http://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/familie_und_soziales/fluechtlinge_in_dortmund/fragen_antworten/kriterien_uebergangseinrichtungen.html

„Integration lässt sich in **fünf aufeinander aufbauende Teilprozesse** zerlegen:

die kognitive	(sprachliche),
die strukturelle	(unter anderem Bildung, Beruf),
die soziale	(Netzwerke),
identifikative Assimilation	(unter anderem Normen, Werte) und die
Umgebung	

einbezieht.“¹

„Um als „Fremder, d.h. ohne Einbindung in informelle soziale Netze, überleben zu können, muss man in den **Arbeitsmarkt** integriert sein.“²

Die **Partizipation der Flüchtlinge** in allen Ihren Bedürfnissen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Integration.

1) DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR KOMMUNALWISSENSCHAFTEN, 40. Jg., Thomas Krämer-Badoni, Urbanität und gesellschaftliche Integration, 2001, Sozialräumliche Integration von Türken in zwei Kölner Wohngebieten, Jürgen Friedrichs und Jörg Blasius, Seite 51

2) A. a. O. Seite 69

- **Sammelunterkünfte zu vermeiden und eine möglichst dezentrale Unterbringung** sicherzustellen, damit ein Kontakt zur lokalen Bevölkerung möglich wird.
- Ein auf die **Situation der Flüchtlinge angepasstes Profiling**, um den Handlungsbedarf in Richtung Qualifizierung richtig bestimmen zu können.
- Ableitung eines **Qualifizierungsplans** und einer beruflichen **Entwicklungsperspektive** für den Flüchtling.
- Eine individuelle, **professionelle Begleitung des Flüchtlings** auf dem gesamten Weg der Qualifizierung / Berufsqualifizierung.
- Plätze in den Programmen für **Berufsqualifizierung** der Stadt Hamburg.

1) DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR KOMMUNALWISSENSCHAFTEN, 40. Jg., Thomas Krämer-Badoni, Urbanität und gesellschaftliche Integration, 2001, Sozialräumliche Integration von Türken in zwei Kölner Wohngebieten, Jürgen Friedrichs und Jörg Blasius, Seite 51

2) A. a. O. Seite 69

Die Alternative und Lösung: Unterbringung in 3 Phasen

Die Kernforderung

Das Kern - Ziel ist < 100 Flüchtlinge an einem Ort!

- < 100 Flüchtlinge werden nicht berücksichtigt
- 300 sind das Maximum an einem Ort
- 1.000 m soll zur Fairteilung führen

Was zum Verteilungsschlüssel dazu gehört: Der Integrationsschlüssel

- Leistungsfähigkeit des Integrationsortes
- Integrationsbedarf aus der Sicht der Flüchtlinge

Die Alternative und Lösung: Unterbringung in 3 Phasen

- | | | |
|---------------|---|---|
| Kurzfristig | – | Nutzung vorhandener Ressourcen |
| Mittelfristig | – | Sozialer Wohnungsbau + Stadtverdichtung |
| Langfristig | – | Stadtentwicklung |
| Plan B (K) | – | z. B. → Modulbauten (Architektenkammer / Klein Borstel / ...) |
| Plan C (K) | – | z. B. → Container |
| Plan D (M) | – | z. B. → ... |
| Plan E (L) | – | z. B. → ... |

„Großunterkünfte sind
alternativlos“



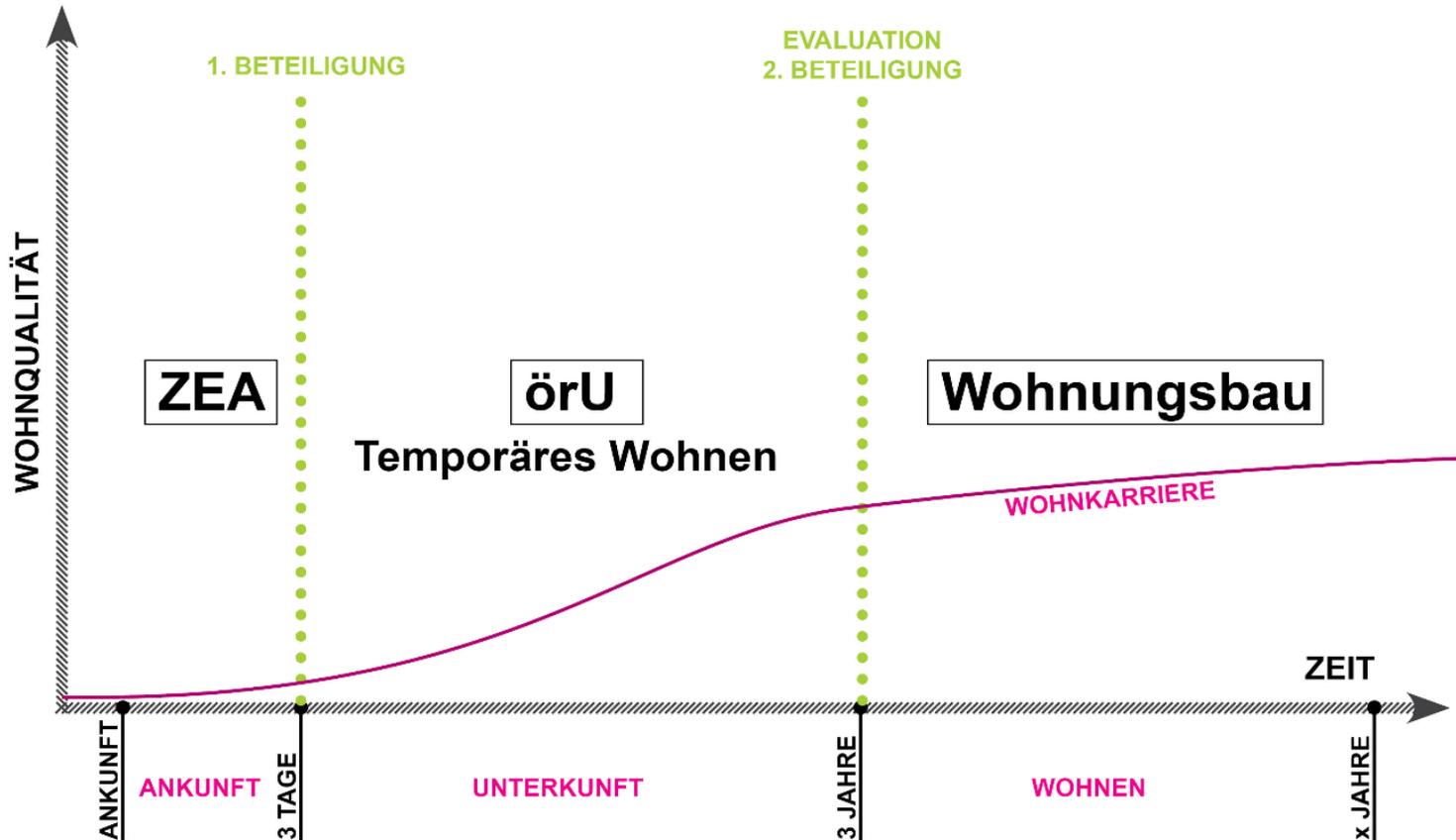
Nichts ist alternativlos!

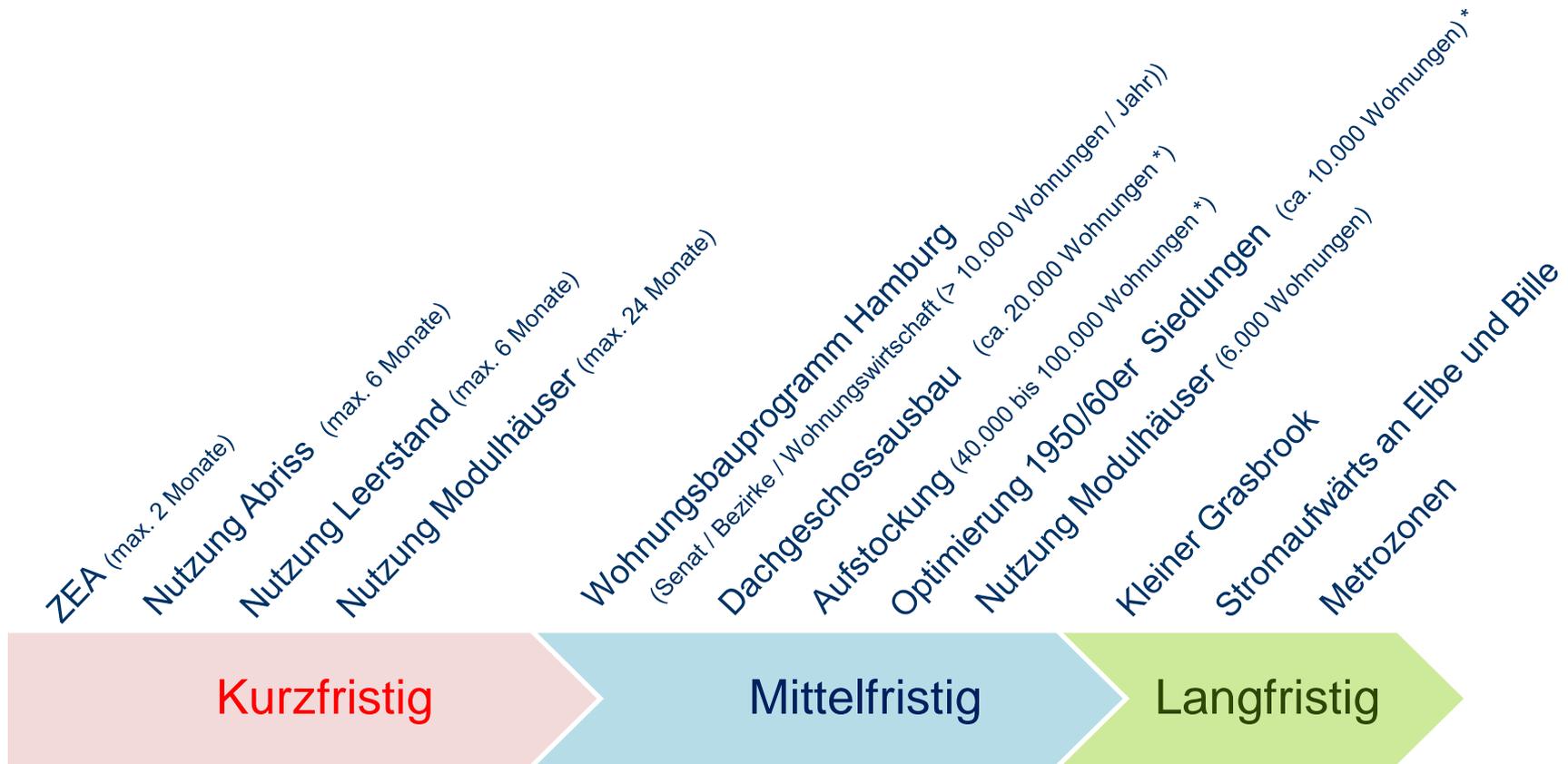
Stadtentwicklung langfristig und sozial
verträglich steuern!
Bürger ernstnehmen!

Politiker und Spitzenbeamte räumen ein, dass die jüngst beschlossenen Ausnahmen im Baugesetz der Stadt die Chance bieten, auf Grundstücken zu bauen, die sonst für Wohnungsbau niemals genutzt werden könnten. Ja, es müssen auch künftig Wohnungen errichtet werden. Aber dafür gibt es ein normales Baurecht.

Die Antwort von HGI zum Thema „alternativlos“

Stadtentwicklung langfristig und sozial verträglich steuern!
Bürger ernstnehmen!





* Dachgeschosspotential und 50/60er Jahre muss gegenüber Aufstockungspotential noch abgegrenzt werden.

ZEA

Nutzung Abriss

Nutzung Leerstand

Nutzung Modulhäuser

Wohnungsbauprogramm
Hamburg

Dachgeschossprogramm

Aufstockung

Optimierung

Nutzung 1950/60er Siedlungen

Kleiner Grasbrook

Stromaufwärts an Elbe und Bille

Metrozonen

Kurzfristig

Mittelfristig

Langfristig

Wohnungen statt Flüchtlingsheim: Erstaufnahme soll schließen



Die Stadt will trotz großer Probleme bei der Unterbringung von Asylbewerbern die Flüchtlingsunterkunft in der Oktaviostraße in Wandsbek Ende dieses Jahres schließen, um auf dem Gelände 24 Wohnungen zu errichten. Dadurch würden 728 Unterkunftsplätze verloren gehen.

Quelle: HH-Abendblatt, 19.02.2016, *Oliver Schirg*

→ **Meiendorf nach Heidelberger Model**

Flüchtlingsunterbringung in Hamburg

ZEA
Nutzung Abriss
Nutzung Leerstand
Nutzung Modulhäuser
Wohnungsbauprogramm
Hamburg
Dachgeschossprogramm
Aufstockung
Optimierung
Nutzung 1950/60er Siedlungen
Kleiner Grasbrook
Stromaufwärts an Elbe und Bille
Metrozonen

Kurzfristig

Mittelfristig

Langfristig

Abriss der City-Hochhäuser ist besiegelt. Wohnungsnotstand für kurzfristige Unterbringung und Angst vor Obdachlosigkeit sieht anders aus!



Abrissbeschluss März 2016



Diese Kontorhäuser machen Denkmalschützern Sorgen, 10.02.2016

Quelle: HH-Abendblatt



Das Eckhaus am Schulterblatt wurde 2010 kurzfristig besetzt. Noch heute stehen dort fast alle Wohnungen leer.

Quelle: Hinz&Kunzt, 03/2016



Kurzfristig

Mittelfristig

Langfristig

Leerstand ist überall. Bis 2030 fehlen in Hamburg 90.000 Wohnungen, über 2.300 Wohnungen stehen leer – häufig wird mit ihnen spekuliert. Illegalen Leerstand aufzuspüren ist schwierig. (ZEIT-online, 04. April 2014, Meike Fries)



- **Leerstand** 7.7.2015: 1.432 städtische Wohnungen (Quelle: SAGA GWG; Drs. 21/985).
- **Nutzung privater Angebote** von leerstehenden Immobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen. Laut Senatsdrucksache 21/2024 liegen dafür 1.105 Angebote vor.
- **Zweckentfremdung** von Wohnraum: Bis zu 40.000 Wohnungen in Hamburg (2012) werden nicht für Wohnen genutzt.
- Außerdem stehen laut Immobilienfirma Jones Lang LaSalle rund 917.000 m² **Bürofläche** leer (3. Quartal 2015).

Quelle: NABU, NABU-Position WOHNUNGSBAU UND FLÜCHTLINGS-
UNTERKÜNFTE, 2015

Flüchtlingsunterbringung in Hamburg

ZEA
Nutzung Abriss
Nutzung Leerstand
Nutzung Modulhäuser
Wohnungsbauprogramm
Hamburg
Dachgeschossprogramm
Aufstockung
Optimierung
Nutzung 1950/60er Siedlungen
Kleiner Grasbrook
Stromaufwärts an Elbe und Bille
Metrozonen

Kurzfristig

Mittelfristig

Langfristig

Das Potential verfügbarer Flächen in Hamburg reicht aus um 40.000 Flüchtlinge in Modulhäuser unterzubringen.



Quelle: Architektenkammer Hamburg, Hamburgischen Architektenkammer „Ankunftssta, dt Hamburg – aber wie?“, Workshop 3, [http://akhh.de/fileadmin/download/gefro/Gruppe_3 - GRAFIK_03_PERSPEKTIVE.jpg](http://akhh.de/fileadmin/download/gefro/Gruppe_3_-_GRAFIK_03_PERSPEKTIVE.jpg)

Flüchtlingsunterbringung in Hamburg

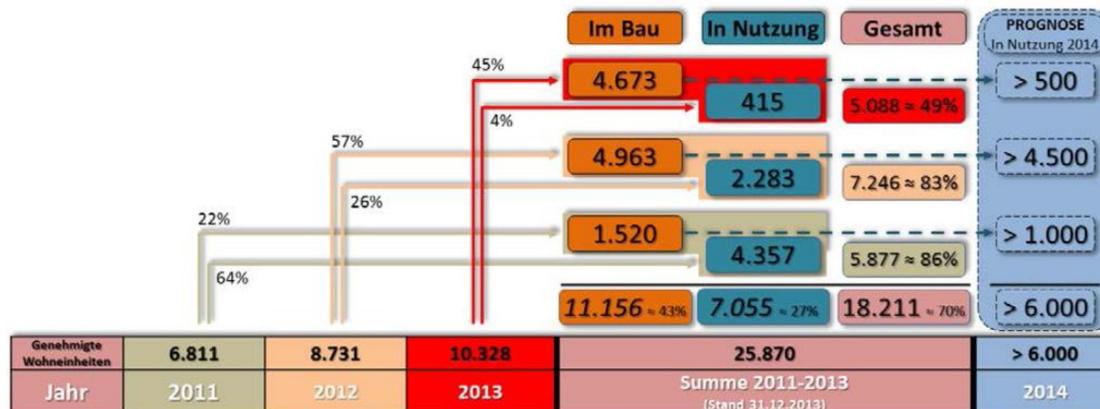


Kurzfristig

Mittelfristig

Langfristig

Vertrag für Hamburg – Vereinbarung über Wohnungsneubau zwischen dem Senat und den Bezirken.



Von erteilten Baugenehmigungen wird Gebrauch gemacht. Es findet überwiegend keine „Vorrats-Beantragung“ statt. Von den 25.870 Genehmigungen, die zwischen 2011 und 2013 erteilt wurden, wurden bereits 18.211 in Anspruch genommen (70%): 7.055 aller genehmigten Wohnungen (27%) befinden sich in Nutzung, 11.156 Wohnungen (43%) befinden sich im Bau. **Mit 9.560 Wohneinheiten** wurde die Zielvorgabe von 6.000 erneut weit übertroffen. Mit über 18.500 Einheiten wurde die Höchstmarke aus dem letzten Jahr sogar noch übertroffen. (Kienscherf)



Kurzfristig

Ein nicht zu unterschätzendes Flächen- und Wohnungsbaupotenzial liegt unter den Dächern der Hansestadt; und zwar gleich in mehrfacher Hinsicht: relativ preisgünstig kann durch Aufstockung oder Dachausbau attraktiver Wohnraum gewonnen und zudem Energie gespart und das Wohnklima verbessert werden.
(Quelle: Hamburger Energietage 2014 – Dachausbau)



20.000 Wohnungen in auszubauenden Dachgeschossen in Hamburg

Mittelfristig

Langfristig

1,5 Millionen neue Wohnungen durch Dach-Aufstockungen möglich

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Großstädten bleibt weiter angespannt. Als eine Lösung wird diskutiert, schon bestehende Gebäude aufzustocken. Mehr als 1,5 Millionen Wohnungen könnten so entstehen, hat die TU Darmstadt ausgerechnet.
(Quelle: FAZ, 15.03.2016, Studie UNI Darmstadt)

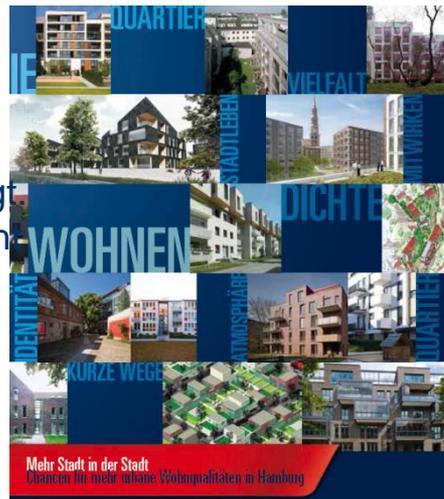


Kurzfristig

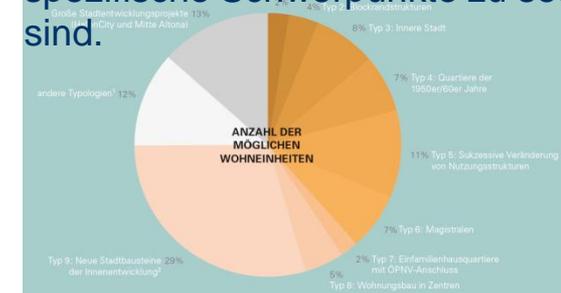
Mittelfristig

Langfristig

Die Konsequenz hieraus ist eindeutig: **Es gibt keine pauschalen Musterlösungen und Patentrezepte**, wie der Weiterbau in den Quartieren mit hoher Qualität gelingt. Jedes Projekt ist anders und braucht daher maßgeschneiderte Lösungsansätze.
(Quelle: Wohnungsbau in der kompakten Stadt, Oberbaudirektor Jörn Walter, November 2013)



Die Analyse zeigt jedes Stadtquartierstyp seine eigenen Herausforderungen hat und in der Planung neuen Wohnungsbaus jeweils **spezifische Schwerpunkte zu setzen** sind.



Flüchtlingsunterbringung in Hamburg

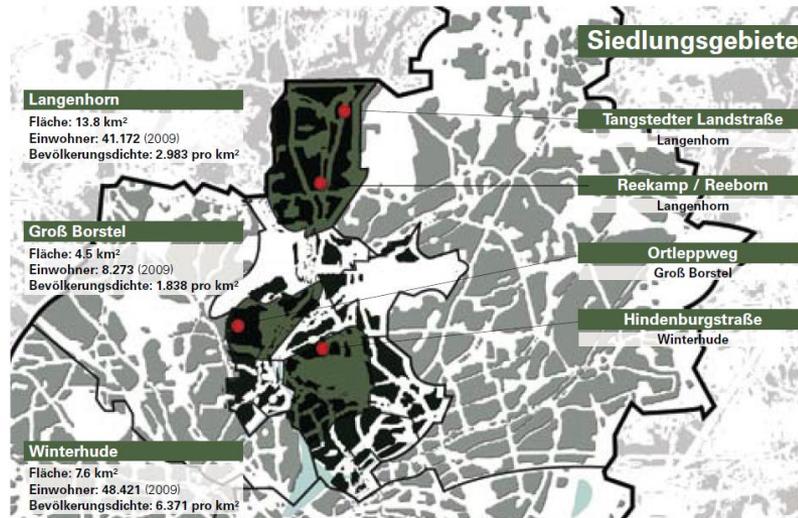


Kurzfristig

Mittelfristig

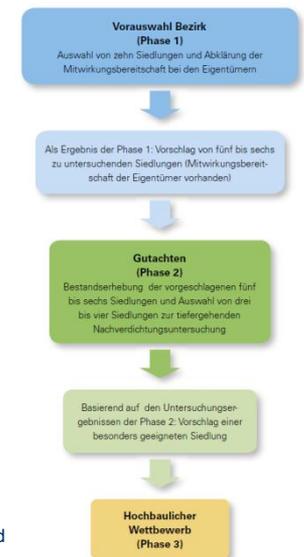
Langfristig

Lage der untersuchten Siedlungen



Wohnquartiere der 1950er und 1960er Jahre weisen durch ihre städtebauliche Konfiguration nach dem Leitbild der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ der Wiederaufbaujahre - insbesondere in den Stadtrandlagen - häufig eine sehr geringe Ausnutzung der bebauten Grundstücksfläche auf.

(Quelle: Optimierung von 1950/60er Jahre Siedlungen, Bezirk Nord, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Juli 2012)



Flüchtlingsunterbringung in Hamburg



Kurzfristig

Mittelfristig

Langfristig

Das Potential verfügbarer Flächen in Hamburg reicht aus um 40.000 Flüchtlinge in Modulhäuser unterzubringen.



Quelle: Architektenkammer Hamburg, Hamburgischen Architektenkammer „Ankunftssta, dt Hamburg – aber wie?“, Workshop 3, [http://akhh.de/fileadmin/download/gefro/Gruppe_3 - GRAFIK_03_PERSPEKTIVE.jpg](http://akhh.de/fileadmin/download/gefro/Gruppe_3_-_GRAFIK_03_PERSPEKTIVE.jpg)

Flüchtlingsunterbringung in Hamburg

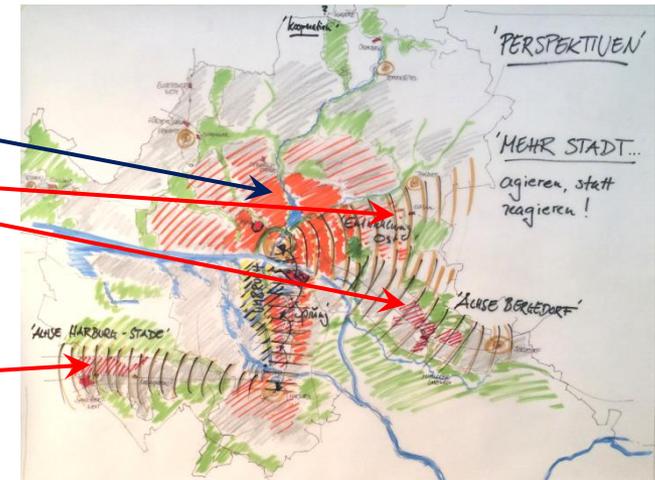


Kurzfristig

Mittelfristig

Langfristig

Hamburgs räumliches Leitbild ist weiter zu entwickeln. Strategien der „inneren Verdichtung“ und die weitere Umsetzung des „Sprungs über die Elbe“ sowie des Projekts „Stromaufwärts an Elbe und Bille“ sind richtig und deshalb konsequent weiter zu verfolgen. Der Hafen und seine Teilfunktionen befinden sich aber nachhaltig im Umbruch. Deshalb sind gerade an den Schnittstellen der Stadt mit dem Hafen weitere Möglichkeiten der Urbanisierung dieser „Metrozonen“ zu nutzen.



Quelle: Architektenkammer Hamburg, Hamburgischen Architektenkammer „Ankunftssta, dt Hamburg – aber wie?“, Workshop 1, http://akhh.de/index.php?id=45&tx_ttnews%5Btt_news%5D=299&tx_ttnews%5BbackPid%5D=39&cHash=4f558a63ad6045e296e580b90040399f

Flüchtlingsunterbringung in Hamburg



Kurzfristig

Mittelfristig

Langfristig

Ankunftsstadt – Arbeitsstadt – Insel der : „Migration works, when migrants work.“
Die Stadt der Pioniere **verhandelt am Beispiel des Grasbrook** das Paradigma der
funktional gegliederten **Stadt, also der konventionellen Trennung** von
Produktion/Gewerbe und **Wohnen, neu.**



50.000 bis 75.000
Neubürger, je nach
Konzept

Quelle: Architektenkammer Hamburg, Hamburgischen Architektenkammer „Ankunftsstadt Hamburg – aber wie?“,
Workshop 2, http://akhh.de/index.php?id=45&tx_ttnews%5Btt_news%5D=299&tx_ttnews%5BbackPid%5D=39&cHash=4f558a63ad6045e296e580b90040399f

SAGA in Hamburg¹

- ↪ 130.000 Wohnungen in Hamburg
- ↪ 18 Wohnungen für Flüchtlinge → 0,014 %
→ quasi flüchtlingsfrei
- ↪ 6,4 % Fluktuation pro Jahr → 8.320 Wohnungen
- ↪ SAGA baut (ab 2017) 2.000 Wohnungen pro Jahr über Hamburg verteilt → flüchtlingsfrei
- ↪ 3.850 Dachgeschosse sind ausgebaut → 3% aller Wohnungen
- ↪ Erfahrung im Wohnungsbau für Flüchtlinge max.200 WE. Dabei sofortige Mischung 50% Flüchtlinge / 50% sozialer Wohnungsbau

Verweildauer in den Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen

Die Kernforderung

Verweildauer in den Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen

Anforderungen an ZEA's
Ziel dieser Forderung
Rahmenbedingungen

Hamburg für gute Integration!

Vorbemerkung

Im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen in Hamburg soll nachhaltige Integration an erster Stelle stehen. ...

Vorlage

Ich fordere die Bürgerschaft und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, alle erforderlichen Schritte zu ergreifen, damit:

2. in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten darauf hin gewirkt wird, dass die **Verweildauer in den Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen zwei Monate** nicht überschreitet.

Heidelberger Modell

Die zentrale Idee des Heidelberger Modells ist es, dass viele Teilschritte des Asylverfahrens nun **unmittelbar hintereinander, an einem Ort erledigt** werden. Keine endlosen Wartezeiten, keine langen Fahrten, keine unsinnigen Verweise von einem Staatsbediensteten an einen anderen.

Stufe eins: Jeder Asylbewerber, der nach Hamburg kommt, wird in Meiendorf die ZEA nutzen.

Stufe zwei: Nachdem die Flüchtlinge registriert, untersucht, aufgeklärt und mit einem BAMF-Termin versorgt sind, folgt eine Entscheidung im Schnellverfahren - mit Hilfe des sogenannten Heidelberger Modells.

Stufe drei: Flüchtlinge, die keine positiven Asylbescheid bekommen, sollen möglichst noch vor Ort Rechtsmittel gegen den entsprechenden Bescheid des BAMF einlegen können.

Allerdings ... Meiendorf ist möglicherweise nicht der ideale Standort dafür!

Der Termin: 31.12.2019

Die Kernforderung

Verweildauer in den Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen

Anforderungen an ZEA's
Ziel dieser Forderung
Rahmenbedingungen

Der Termin: 31.12.2019

Hintergrund und Ziel dieser Terminsetzung

Ziel der Initiatoren des Volksentscheides war es:

In den Fällen existierender Flüchtlingsunterbringungen, mit mehr als 300 Flüchtlingen und weniger als 1.000 m Abstand, dem Senat hinreichend Zeit zu geben Alternativen zu realisieren.

Wesentlich für den Termin 31.12.2019 (nahezu 3 Jahre vom Beginn der Anmeldung der VI) war die mögliche Dauer von Baugenehmigungen bei dezentraler Unterbringung.

Die Begründung der Volksinitiative

Gerade in einem Stadtstaat wie Hamburg ist die Unterbringung zehntausender Flüchtlinge ein großes Problem.

- **Nachhaltige Integration** muss dabei an erster Stelle stehen. Ansonsten begehen wir Fehler, unter denen die Flüchtlinge und wir lange zu leiden haben.
- Viele Hamburger wollen einen Beitrag leisten. Sie erwarten aber im Gegenzug eine **faire Anhörung und Einbindung in die Planungen** durch die Stadt.
- Dabei sind die **örtlichen Gegebenheiten** ebenso zu berücksichtigen wie der **Natur- und Landschaftsschutz**.

Die ergänzenden Forderungen

Die Kernforderung

Die ergänzenden Forderungen

Kooperationsvereinbarungen für die Unterbringung von Flüchtlingen

Hamburg für gute Integration!

Vorbemerkung

Im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen in Hamburg soll nachhaltige Integration an erster Stelle stehen. ...

Vorlage

Ich fordere die Bürgerschaft und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, alle erforderlichen Schritte zu ergreifen, damit:

4. eine Vereinbarung **für einen neuen Verteilungsschlüssel** für die Aufnahme von Asylbegehrenden mit den anderen Bundesländern angestrebt wird, die die Situation der Stadtstaaten besonders berücksichtigt.
Senat und Bürgerschaft sollen sich zudem verstärkt darum bemühen, mit anderen Bundesländern Kooperationsvereinbarungen für die Unterbringung von Flüchtlingen abzuschließen.

**Forderungen der Initiativen,
die nicht
im Volksentscheid definiert
werden konnten**

Die Kernforderung

Die ergänzenden Forderungen

Kooperationsvereinbarungen für die Unterbringung von Flüchtlingen

...

Forderungen der Initiativen, die nicht im Volksentscheid definiert werden konnten

Maximaler Anteil von Flüchtlingen in Stadtteilen: 5%

ZEA nicht in Wohngebieten

Forderungen der Initiativen, die nicht im Volksentscheid definiert werden konnten:

- a. **Keine ZEAs in oder angrenzend an Wohngebiete** oder sonstige Baugebiete, die überwiegend dem Wohnen dienen
- b. Der Anteil der **pro Stadtteil unterzubringenden Geflüchteten soll 5%** der Bevölkerung des Stadtteils nicht überschreiten.
- c. Alle **Standortentscheidungen** sollen **nur nach vorheriger Anhörung der lokalen Bevölkerung** getroffen werden. Die der konkreten Standortentscheidung vorangegangene Alternativenprüfung hat sich mit Alternativvorschlägen aus der Anhörung zu befassen; das Ergebnis ist substantiiert zu begründen und zu veröffentlichen.

Die Initiatoren überreichen am 2. Februar 26.000 Unterschriften



REGIONALES GROSSUNTERKÜNFTE



02.03.16

Volksinitiative – Soll erfüllt in nur fünf Tagen

In weniger als einer Woche hat die Hamburger Volksinitiative gegen Flüchtlings-Großunterkünfte die nötigen Unterschriften gesammelt – am Mittwoch überreichen die Macher die Listen im Rathaus.

Unterschied zum Vorgehen des Senats

(Gegenüberstellung Senat – VI)

Die Kernforderung

Die ergänzenden Forderungen

Kooperationsvereinbarungen für die Unterbringung von Flüchtlingen

...

Forderungen der Initiativen, die nicht im Volksentscheid definiert werden konnten

Maximaler Anteil von Flüchtlingen in Stadtteilen: 5%

ZEA nicht in Wohngebieten

...

Unterschied zum Vorgehen des Senats (Gegenüberstellung Senat – VI)

Perspektivwechsel

Keine alternativlosen Großunterkünfte

Nicht ohne Baurecht

– Integration zuerst

– Transparenz statt Hidden Agenda

– Die Demokratie verteidigen

Perspektive Senat

- Wohnungsbau
- Bauen außerhalb geplanter Bebauung
- Keine Bürgerbeteiligung
- Hidden Agenda
(Soz. Wohnungsbau!)

Perspektive Volksinitiative

- Integration hat Vorrang
- Flüchtlingsunterbringung im Rahmen eines erweiterten normalen Bauprogramms
- Bürgerbeteiligung
- Transparenz

Konkrete Ansätze der Senatsarbeit

Machbarkeit (Was der Senat tun müsste)

Konkrete Arbeit des Senats

- a. Wohnungskataster erstellen
- b. Baulücken
- c. Wohnungsbauprogramm
- d. ¼ Lösung
- e. Personal - Ressourcen
- f. ungenutzte Zimmer und Einliegerwohnungen sowie Zwischennutzung vor Sanierung oder Abbruch (Antrag der Harburger Grünen in die BV - Presse 16.4.)
- g. Verwaltungs-Chaos
- h. Modulkonzept Klein Borstel

Konkrete Ansätze für die Senatsarbeit:

- a. Wohnungskataster erstellen
- b. Baulücken
- c. Wohnungsbauprogramm für Geflüchtete öffnen
- d. Den in Hamburg üblichen Drittmix zum Viertelmix ausbauen
- e. Zur Umsetzung müssen die personellen Ressourcen zur Verfügung stehen

Konkrete Ansätze für die Senatsarbeit:

- f. ungenutzte Zimmer und Einliegerwohnungen sowie Zwischennutzung vor Sanierung oder Abbruch (Antrag der Harburger Grünen in die BV - Presse 16.4.)
- g. Verwaltungs-Chaos
- h. Modulkonzept Klein Borstel

Integration



(W.I.R. - Programm)

Machbarkeit (Was der Senat tun müsste)

Konkrete Arbeit des Senats

- a. Wohnungskataster erstellen
- b. Baulücken
- c. Wohnungsbauprogramm
- d. ¼ Lösung
- e. P-Ressourcen
- f. ungenutzte Zimmer und Einliegerwohnungen sowie Zwischennutzung vor Sanierung oder Abbruch (Antrag der Harburger Grünen in die BV - Presse 16.4.)
- g. Verwaltungs-Chaos
- h. Modulkonzept Klein Borstel
- i. ...

Integration (W.I.R.-Programm)

Potentiale erkennen, Wege in den Beruf ebnen – Schritt für Schritt

Schritt 1

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Flüchtlingszentrums Hamburg führen mit Ihnen ein **erstes Informationsgespräch**. Wenn Sie an W.I.R teilnehmen möchten, werden Ihre Daten aufgenommen und es wird ein Termin für ein ausführliches Gespräch bei W.I.R vereinbart.

Bitte kommen Sie zu W.I.R nur, wenn Sie einen Termin haben. Die Terminabsprache klären Sie bitte mit dem Flüchtlingszentrum:

Flüchtlingszentrum Hamburg

Adenauerallee 10
20097 Hamburg
E-Mail: w.i.r@fz-hh.de
www.fluechtlingszentrum-hamburg.de



Schritt 2

In diesem **zweiten Gespräch bei W.I.R** sprechen wir mit Ihnen ausführlich über Ihre **Lebenssituation**, z.B.:

- Haben Sie Familie?
- Welche Sprachen sprechen Sie?
- Wie geht es Ihnen gesundheitlich?
- Welchen Aufenthaltsstatus haben Sie?

Außerdem sprechen wir mit Ihnen über Ihre **beruflichen Fähigkeiten und Perspektiven**, z.B.:

- Haben Sie einen Schulabschluss?
- Haben Sie eine Ausbildung?
- Haben Sie schon in einem Beruf gearbeitet?
- Welche beruflichen Wünsche und Perspektiven haben Sie in Deutschland?
- Wie können wir Sie auf dem Weg zu einer Ausbildung und Arbeit unterstützen?

Wichtig:

Bringen Sie zu diesem Termin bitte alle relevanten Unterlagen mit. Welche das sind, klären Sie mit den Beratenden vom Flüchtlingszentrum.

Ihre Daten sind vertraulich und werden in W.I.R nur weitergegeben, wenn Sie einverstanden sind.



Schritt 3

In W.I.R überlegen Sie mit uns zusammen, wie es für Sie beruflich weitergehen kann und welche Schritte dafür nötig sind.

Das kann sein:

- ein Praktikum in einem Betrieb,
- ein Deutschkurs,
- die Prüfung, ob Ihre Ausbildung mit der Ausbildung in Deutschland vergleichbar ist,
- eine Ausbildung oder ein Studium,
- eine weitere berufliche Qualifizierung,
- ein Arbeitsplatz.

Möglicherweise benötigen Sie begleitend dazu auch:

- gesundheitliche Hilfe,
- Unterstützung für Ihre Familie,
- andere Hilfen, die sich eher auf Ihre Lebenssituation beziehen.

Schritt 4

W.I.R unterstützt Sie dabei, den Weg hin zu einer Ausbildung und Arbeit zu gehen. Dabei werden Sie entsprechend Ihrer Lebenssituation umfassend beraten und durch den W.I.R-Unternehmensservice bei der Suche nach einem geeigneten Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, einem Praktikum oder bei der Aufnahme eines Studiums unterstützt.

Hamburg hilft und integriert

ERFOLGREICH

(AK Rissener Runde)

Der Nutzen für die Stadt, die Bürger Hamburgs und die Flüchtlinge (Warum unsere Forderungen richtig sind!)

Hamburg Hilft und Integriert ERFOLGREICH (AK Rissener Runde)

- a. Das Ziel
- b. Das Projekt
- c. Die neuen Ideen (Erfolgskriterien)
- d. Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen

Der Nutzen für die Stadt, die Bürger Hamburgs und die Flüchtlinge

Warum unsere Forderungen richtig sind!

Erfolgreiche Integration als Kernziel der Stadt

- a. Funktionierende Nachbarschaften in den Stadtteilen
- b. Soziale Verantwortungsübernahme
- c. Offenheit der Hamburger neuen, kulturellen Impulsen gegenüber
- d. Einsparung der Folgekosten misslungener Integration
- e. Beitrag der „Neubürger“ zur Stadtentwicklung
- f. Chancen und Perspektiven für die Flüchtlinge

Ziele in gesellschaftlicher Verantwortung

- a. Spaltung in der Gesellschaft verhindern
- b. Vom Ehrenamt zur Nachbarschaft

Hamburg Hilft und Integriert ERFOLGREICH: Das Ziel (AK Rissener Runde)

Was sind die wichtigsten Ziele für eine erfolgreiche Integration der Flüchtlinge?

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dezentralisierung: von Wohnraum, W ▪ Durchmischung: [in 7 Jahren erreicht ▪ Gezielte Zuweisung ▪ Konfliktmoderation ▪ Projektmanagement (Ressourcen) - Ausw ▪ Bürgerbeteiligung und Betreuungssch ▪ Integrationsbeauftragte (Planungswerkzeuge für einzelnen Flüchtlin ▪ Infrastruktur: Die : berufsqualifizieren interkulturelle Beg ▪ Integrationskonzept (Infrastrukturen (Br ▪ Problembewältigung (30. November 201 ▪ Budget: Das erfor 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Maximale Dezentralisierung ▪ Durchmischung von Anfang an ▪ Gezielte Zuweisung ▪ Projektmanagement ▪ Bürgerbeteiligung ▪ Integrationsbeauftragte / Ehrenamt ▪ Soziale Infrastruktur ▪ Integrationskonzept ▪ Problembewältigung ▪ Budget 	<p>erstand</p> <p>Is 80%</p> <p>1</p> <p>legung raum</p> <p>ür n</p> <p>is am</p>
---	---	---

Hamburg Hilft und Integriert ERFOLGREICH: Das Projekt (AK Rissener Runde)

- 1 Projekt Übersicht (Steckbrief)
- 2 Projekt Übersicht (Integration Rissen 45)
- 3 Projekt Übersicht (Integration Rissen 45)
- 4 1.1 Betätigungsraum des Projektes
- 5 1.2 Status quo Beschreibung
- 6 1.3 Stimmen von Kunden und Empfängers
- 7 1.4 Ergebnisbeschreibung
- 8 1.5 Ergebnismachbarkeit
- 9 2.1 Ergebnisentwicklungsplan
- 10 2.2 Plan der Empfängerakzeptanz
- 11 2.3 Einführungsplan
- 12 2.4 Zeitplan
- 13 3.1 Organisationsstruktur des Projektes
- 14 3.2 Steuerungsstruktur
- 15 3.2 Steuerungsstruktur
- 16 3.2.1 Meetingrahmen
- 17 3.3 Risiko Analyse
- 18 3.4 Kommunikation Plan
- 19 3.5 Finanzplan
- 20 3.6 Betroffene Personen & Gruppe
- 21 3.7 Einbindung der Interessengruppen
- 22 4.1 Quick Wins
- 23 4.2 Lessons Learned Aktionsplan
- 24 5.1 Meilenstein & dessen Definition

1.2 Status quo Beschreibung

Wie ist die Situation heute?

- *Keinerlei Mitbestimmung beim Ob und Umfang, sondern ausschließlich beim „Wie“ (Forum Integration; Termin mit Dr. Melzer am 13.1.16; Einladung des Sozialraummanagers Altonas am 22.1.16)*
- *Die Integrationsleistung wird von den Bürgern erwartet*
- *Bezirk propagiert das „Internationale Quartier“ als DEN Kompromissvorschlag.*
- *Bis Ende Jan hat der Bezirk angebl. Zeit, alternative Flächen für 400 WE in Altona zu finden, sonst drohen 800 WE in Rissen.*
- *Es gibt bislang keinen Antrag von rot/grün, der darauf hindeutet, dass die Bezirkslösung überhaupt in der Bürgerschaft diskutiert wird, Schreiben und Aussagen von Senatorin Melanie Stapelfeld deuten darauf hin, dass der Senat mit 800 WE plant*
- *Bürgerschaft hat am 9./10.12.15 Bürgschaften in Höhe von 970 Mrd. € für den Bau der Großsiedlungen verabschiedet*
- *Zusatzantrag über die Änderung der Bauordnung (Bau von Flüchtlingsunterkünften ohne gültigen Bauantrag) wird am 8.1.16 diskutiert, ebenso das 25 Punkte Integrationspapier – sobald das Grundstück von der BIMA an die Stadt verkauft wird, wird der Senat versuchen, seine Planungen umzusetzen*

Hamburg Hilft und Integriert ERFOLGREICH: Erfolgskriterien

(AK Rissener Runde)

- Integration soll bei 85% gelingen → letzte drei Migrationswellen nur 45%!
- Flüchtlingsintegration ist anhand der lokalen Parameter der Bürgerbeteiligung
 - Nutzung des Bildungsangebotes
 - Arbeit und Arbeitslosigkeit
 - Mitglieder in Vereinen
 - Beteiligung am kulturellen Angebot
 - ...

gelingen!

Hamburg Hilft und Integriert ERFOLGREICH: Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen

(AK Rissener Runde)

- Stadtteilrat
- Verhältnis Hauptamtliche / Ehrenamtliche
- Langfristige Finanzierung durch die Stadt gesichert (7-10 Jahre)
- Profiling (W.I.R. in Verbindung mit passendem Angebot) und individuelle Unterstützung zur Integration ist sichergestellt
- Partizipation der Flüchtlinge kann auf allen Ebenen erreicht werden

Erfolg bei der Integration als Kernziel der Stadt

Der Nutzen für die Stadt, die Bürger Hamburgs und die Flüchtlinge (Warum unsere Forderungen richtig sind!)

Hamburg Hilft und Integriert ERFOLGREICH (AK Rissener Runde)

- a. Das Ziel
- b. Das Projekt
- c. Die neuen Ideen (Erfolgskriterien)
- d. Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen

Erfolg bei der Integration als Kernziel der Stadt

- a. Funktionierende Nachbarschaften in den Stadtteilen
- b. Offenheit der Hamburger neuen, kulturellen Impulsen gegenüber
- c. Einsparung der Folgekosten misslungener Integration
- d. Beitrag der „Neubürger“ zur Stadtentwicklung
- e. Chancen und Perspektiven für die Flüchtlinge

Der Nutzen für die Stadt, die Bürger Hamburgs und die Flüchtlinge (Warum unsere Forderungen richtig sind!)

Hamburg Hilft und Integriert ERFOLGREICH (AK Rissener Runde)

- a. Das Ziel
- b. Das Projekt
- c. Die neuen Ideen (Erfolgskriterien)
- d. Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen

Erfolg bei der Integration als Kernziel der Stadt

- a. Funktionierende Nachbarschaften in den Stadtteilen
Offenheit der Hamburger neuen, kulturellen Impulsen gegenüber
Einsparung der Folgekosten misslungener Integration
Beitrag der „Neubürger“ zur Stadtentwicklung
Chancen und Perspektiven für die Flüchtlinge

Funktionierende Nachbarschaften in den Stadtteilen

Wir brauchen Nachbarn – keine Großunterkünfte.

- Neue Nachbarn empfängt man offen.
- Man stellt sich vor, begegnet sich in alltäglichen Situationen,
- spricht miteinander, geht aufeinander ein,
- erkennt, wie gut man sich miteinander versteht, man nimmt in irgendeiner Form am Leben des anderen teil.

Funktionierende Nachbarschaften führen damit z. B.

- zu sozialen Beziehungen außerhalb ihrer Unterkunft
- zu direkten Hilfsangeboten
- zu einem erweiterten Zugehörigkeitsgefühl
- zu einem sozialen Verantwortungsgefühl
- zu mehr sozialer Kontrolle
- zu mehr Kommunikation
- zu einem besseren Kennenlernen und Verständnis
- zu einer offenen Haltung auf beiden Seiten

Ziele in gesellschaftlicher Verantwortung

Der Nutzen für die Stadt, die Bürger Hamburgs und die Flüchtlinge (Warum unsere Forderungen richtig sind!)

Hamburg Hilft und Integriert ERFOLGREICH (AK Rissener Runde)

- a. Das Ziel
- b. Das Projekt
- c. Die neuen Ideen (Erfolgskriterien)
- d. Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen

Erfolg bei der Integration als Kernziel der Stadt

- a. Funktionierende Nachbarschaften in den Stadtteilen
Offenheit der Hamburger neuen, kulturellen Impulsen gegenüber
Einsparung der Folgekosten misslungener Integration
Beitrag der „Neubürger“ zur Stadtentwicklung
Chancen und Perspektiven für die Flüchtlinge

Ziele in gesellschaftlicher Verantwortung

- a. Spaltung in der Gesellschaft verhindern
- b. Vom Ehrenamt zur Nachbarschaft

Spaltung der Gesellschaft verhindern:

„Zu- bzw. Einwanderung wirft zwingend Integrationsfragen auf:

Fragen der Inkorporation von Migrantinnen und Migranten in die Aufnahmegesellschaft und Fragen der Integration der Gesellschaft – also nicht zuletzt Fragen des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts.“

Prof. Dr. Dieter Fielsinger

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05767.pdf>, am 21.04.16

Vom Ehrenamt zur Nachbarschaft

- von künstlich aufgebauter Nähe (Ehrenamt und alle Maßnahmen) zu selbstverständlichen Kontakten und zwischenmenschlicher Hilfsbereitschaft

Zusammenfassung

Nicht die einfache Lösung führt langfristig zum Ziel, sondern **intelligente, nachhaltige Lösungen**

Flächen integrieren keine Menschen, sondern Menschen integrieren Menschen in Nachbarschaft

- Perspektivwechsel erforderlich
- Hilfsbereitschaft nicht überfordern
- Nachbarschaft stärken und fördern.

Dies ist nur mit gemeinsamen, einheitlichem Wohnungsbauprogramm möglich.

Derzeit ist das einzige nachhaltige an dem Konzept, **die langfristigen Folgekosten**, die für Hamburg entstehen werden.

Es gibt keinen politischen Willen Integration ernst zu nehmen. Es geht allein um sozialem Wohnungsbau.

Die Alternativlosigkeit ist und bleibt kein guter Grund für falsche, politische Entscheidungen.

Der Wunsch der Initiatoren an die Bürgerschaft und die Stadt Hamburg

Der Wunsch der Initiatoren an die Bürgerschaft

Beschließen Sie ein **Moratorium** und geben Sie der gemeinsamen Problemlösung eine **Chance**.

Lassen Sie Hamburg zu einem **positiven Modell für Stadtentwicklung** und Integration werden.

Nehmen Sie **Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und Bürgerbeteiligung** im Sinne unserer demokratischen Kultur **erst** und fördern Sie diese Partizipation, anstatt sie zu bekämpfen und Parteienverdrossenheit und Wahlverdrossenheit zu fördern.

Weisen Sie die SAGA und Fördern & Wohnen an **in jedem Bauvorhaben ein Flüchtlingskontingent** vorzuhalten.

**Herzlichen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit**